



GESCHÄFTSBERICHT 2024

Inhaltsverzeichnis

Inhalt	Seite
Vorwort des Landesvorsitzenden	3
Gremien	5
Entwicklung der Mitgliedszahlen	7
Arbeitsbericht: Service und Bildungsangebote	8
Arbeitsbericht: Broschüren und Publikationen	10
Veranstaltungen	11
Arbeitsbericht: Öffentlichkeitsarbeit	15
Arbeitsbericht: Podcast	22
Arbeitsbericht: Medienresonanz	25
Überblick SCHWARZBUCH 24/25	26
Wichtige Wirtschaftsdaten	27
„Nordblick“	28 ff.

Vorwort.

Sehr geehrtes Mitglied!

Hamburgs öffentliche Unternehmen haben im vergangenen Jahr insgesamt einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro erzielt. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) vorgestellt hat. Die Hochbahn, die Elbkinder-Kitas oder Hapag-Lloyd - die Stadt ist breit beteiligt, insgesamt an rund 360 Unternehmen. Etwa 75.000 Menschen arbeiten in diesen Unternehmen, drei Prozent mehr als im Vorjahr.



Hamburg hat kein Einnahmenproblem. Hamburg hat ein Ausgabenproblem. Wer glaubt, sich mit immer neuen Projekten und Prestigevorhaben auszeichnen zu müssen, verliert den Blick für das Wesentliche: Haushaltsdisziplin. Zwar weist die Kernverwaltung noch einen Überschuss von gut einer Milliarde Euro aus - bereinigt bleiben davon jedoch nur 435 Millionen, und das trotz voller Kassen durch Hapag-Lloyd und einmalige Steuereffekte im Vorjahr. Dass gleichzeitig immer neue Megaprojekte gestartet werden, ist ein fatales Signal. Statt Vorsicht herrscht Ausgaben-Euphorie. Die Wahrheit ist: Hamburg gerät immer tiefer in einem Ausgabenrausch, der längst nicht mehr durch normale Einnahmenwachstumsraten gedeckt werden kann. Millionengräber gibt es inzwischen in allen Bereichen – ob bei Bauprojekten, Beteiligungen oder Prestigevorhaben. Teure Fehlentscheidungen sind in Hamburg längst Alltag und die Politik reagiert, als wäre das normal. Hamburg die Kontrolle über seine zahlreichen Beteiligungen längst verloren. Wo sie fehlt, wird Verschwendung zum System. Unternehmen ohne strategische Bedeutung müssen privatisiert werden. Wo ein Verkauf nicht sinnvoll ist, braucht es klare, harte Kontrollmechanismen. Doch statt gegenzusteuern, erweitert die Bürgerschaft noch die Möglichkeiten, neue Kredite aufzunehmen. Die jüngst beschlossene Lockerung der Schuldenbremse ist falsch. Die Schuldenbremse zwingt zu Prioritäten - und genau das braucht Hamburg dringend. Dass sie aufgeweicht wird, bevor sie ihre volle Wirkung entfalten konnte, ist ein politischer Fehler. Die eigentliche Gefahr liegt aber nicht im fehlenden Instrument - sondern in der fehlenden Bereitschaft, es konsequent zu nutzen.

Hier sehen wir es als unsere Aufgabe an, den Finger in die Wunde zu legen. Dass es eine Institution, wie den Bund der Steuerzahler in Hamburg braucht, zeigt der Fall VERA II eindrücklich. Erst durch unsere Initiative in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Abendblatt ist es gelungen den Skandal um die Kostenexplosion des Klärschlammprojekts im Hamburger Hafen aufzudecken. Es kam zu einem Rücktritt der Geschäftsführung. Doch noch längst ist die Aufklärung nicht beendet, obwohl der Fall uns schon so lange begleitet. Doch eines ist klar: Wir bleiben auch weiterhin dran!

„Gut, dass es euch gibt!“ haben wir vielleicht auch deshalb so häufig gehört, als wir im Oktober 2024 gemeinsam mit zahlreichen Mitgliedern und Gästen, darunter unser Präsident Reiner Holznagel, Finanzsenator Andreas Dressel, Rechnungshofpräsident Dr. Manfred Jäger, Lars Haider (Chefredakteur des Hamburger Abendblattes), Stefan Blöcker (Präsident der Steuerberaterkammer), Thomas Kuffer (Vorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft Hamburg) und weiteren Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft im 20. Stock des Atlantic-Hauses unser 75-jähriges Jubiläum feierten.

Noch eine Anmerkung von mir: Im Sommer des Berichtsjahres habe ich als Landesvorsitzender die verantwortungsvolle Aufgabe von Frau Ackmann übernommen. Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen, vor allem aber auch bei Frau Ackmann für ihre wertvolle und engagierte Arbeit. Mein Dank gilt auch allen weiteren engagierten Vorstandsmitgliedern sowie unseren Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle!

Freuen wir uns auf die nächsten 75 Jahre – für Transparenz, für eine Ausgabenpolitik mit Augenmaß, für unser Hamburg!

Ihr Sascha Mummenhoff,
Landesvorsitzender

Gremien.

Vorstand

Sascha Mummenhoff

Landesvorsitzender seit 2024



Jürgen Nielsen

stellv. Vorsitzender



Petra Ackmann

steuerpolitische Sprecherin



Dieta Brandt

sozialpolitische Sprecherin



Gabriele Kummerfeldt

Schatzmeisterin



Heino von Schuckmann

haushaltspolitischer Sprecher



Mitgliedszahlen.

Der Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. ist eine **starke Gemeinschaft**. Wir sind ein gemeinnütziger, unabhängiger und parteipolitisch neutraler eingetragener Verein. Unsere Arbeit wird durch Mitgliedsbeiträge unserer freiwilligen Mitglieder und über Spenden aus der Bevölkerung finanziert. Etwa 180.000 Mitglieder und Spender unterstützen den Bund der Steuerzahler. Bitte unterstützen auch Sie unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft. Stärken Sie das "Finanzgewissen der Nation".

Der Bund der Steuerzahler wurde im Jahr 1949 gegründet, ist in 15 eigenständigen Landesverbänden organisiert, die gemeinsam den Bund der Steuerzahler Deutschland und das verbandseigene Deutsche Steuerzahler-Institut (DSi) tragen.

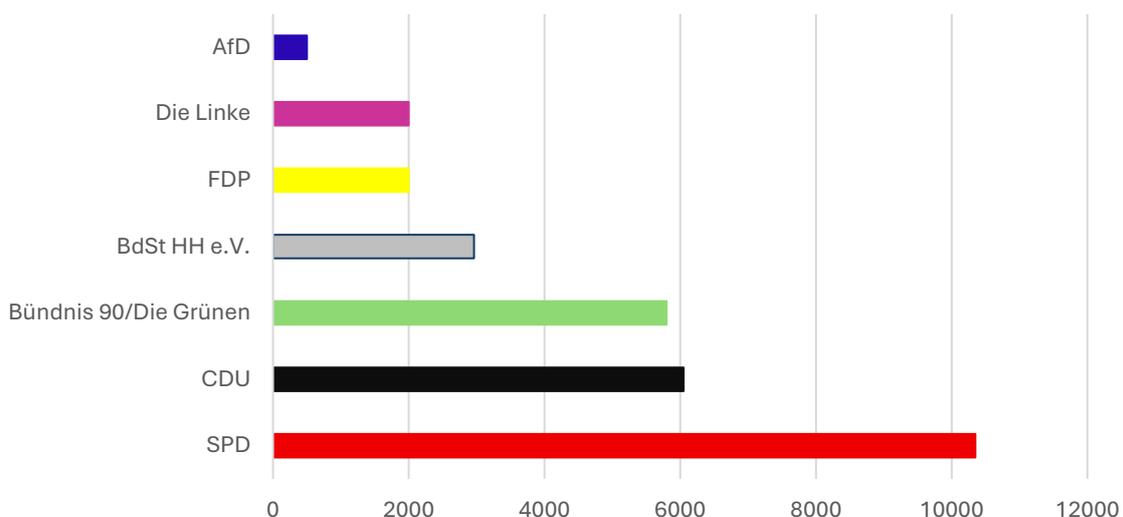
Stand Mitgliedszahlen BdSt Hamburg e.V.

12/23 – 3.023

12/24 – 2.962

Der BdSt vertritt die Interessen seiner Mitglieder überparteilich und unabhängig. Im politischen Raum werden wir oft nach unserer „Legitimation“ zur Interessenvertretung befragt. Dieser Vergleich mit den Zahlen der Mitglieder ausgewählter Parteien soll zu Einordnung dienen.

Vergleich der Mitgliedszahlen von Parteien* in Hamburg mit dem BdSt MV e.V.



Die Daten wurden von den Parteien selbst im Rahmen der Bürgerschaftswahlen 2025 bekanntgegeben. Quelle: Wikipedia

Arbeitsbericht.

Service und Bildungsangebote

Der Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Schulungen und Informationsbroschüren an:

Online-Schulungen:

„**Senioren und Steuern**“ / Referent: Martin Frömel / Donnerstag, 15. Februar 2024, 15 Uhr

„**Strukturiert durch die GuV**“ / Referent: Arno Emmerich / Mittwoch, 21. Februar 2024, 12.30 Uhr

„**Steuererklärung für Studenten**“ / Referentin: Sabina Büttner / Mittwoch, 28. Februar 2024, 12.30 Uhr

„**Guter Nachbar – Böser Nachbar: Selbsthilferecht und Unterlassungsansprüche im Überblick**“ / Referent: Ralf Schönfeld / Dienstag, 09. April 2024, 12.30 Uhr

„**Steuervereinfachung und steuerpolitische Vorschläge**“ / Referent: Hans-Ulrich Liebern / Dienstag, 23. April 2024, 12.30 Uhr

„**Strukturiert durch die Bilanz – Prüfen und Interpretieren leicht gemacht**“ / Referent: Arno Emmerich / Mittwoch, 8. Mai 2024, 12.30 Uhr

„**Erfolgreich Förderprogramme nutzen: Was Sie wissen sollten!**“ / Referent: Jens Amman / Donnerstag, 23. Mai 2024, 12.30 Uhr

„**Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Kapitalanlage – Was Sie darüber wissen sollten**“ / Referentin: Ulrike Janitz-Seemann / Mittwoch, 13. März 2024, 18 Uhr

„**Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche**“ / Referentin: Ulrike Janitz-Seemann / Montag, 18. März 2024, 12.30 Uhr

„**Ärger mit dem Finanzamt? So wehren Sie sich!**“ / Referent: Martin Frömel / Donnerstag, 21. März 2024, 12.30 Uhr

„**Einführung in den Datenschutz nach DSGVO**“ / Referentin: Corina Payrhuber / Dienstag, 16. April 2024, 12.30 Uhr

„**Strukturiert durch die Bilanz – Prüfen und Interpretieren leicht gemacht**“ / Referent: Arno Emmerich / Mittwoch, 8. Mai 2024, 12.30 Uhr

„**Steuertipps für Eigentümer und Vermieter**“ / Referent: Ralf Schönfeld / Donnerstag, 16. Mai 2024, 12.30 Uhr

„**Bewertung des Grundvermögens**“ / Referentin: Sabina Büttner / Montag, 10. Juni 2024, 12.30 Uhr

„Förderprogramme – Ausgewählte Möglichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen“ / Referent: Jens Ammann / Donnerstag, 13. Juni 2024, 12.30 Uhr

„Erben und Vererben (Teil 2) – Erbschaftsteuer für Privatpersonen“ / Referent: Martin Frömel / Mittwoch, 31. Juli 2024, 12.30 Uhr

„Ableitung der Finanzplanung aus dem Ertragsbudget“ / Referent: Arno Emmerich / Dienstag, 27. August 2024, 12.30 Uhr

„Steuerfragen bei Heizungsgesetz, Gebäudesanierung & Co.“ / Referent: Ralf Schönfeld / Donnerstag, 10. Oktober 2024, 12.30 Uhr

„Checkliste im Erbfall“ / Referentin: Michaela van Wersch / Dienstag, 29. Oktober 2024 und Donnerstag, 7. November 2024, jeweils 12.30 Uhr

„Rechtsformwahl für Unternehmer“ / Referentin: Sabina Büttner / Donnerstag, 14. November 2024, 12.30 Uhr

„Das gemeinschaftliche Testament“ - Referent: Martin Frömel / Mittwoch, 27. November 2024, 12.30 Uhr

„E-Rechnung – was kommt auf uns zu?“ / Referentin: Claudia Daube / Dienstag, 10. Dezember 2024, 12.30 Uhr

„Aktuelle Steueränderungen“ / Referent: Hans-Ulrich Liebern / Dienstag, 17. Dezember 2024, 12.30 Uhr

„Erben und Vererben (Teil 1) – Einführung ins Erbrecht“ Referent: Martin Frömel / Donnerstag, 25. Juli 2024, 12.30 Uhr

„Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige“ / Referentin: Sabina Büttner / Donnerstag, 22. August 2024, 12.30 Uhr

„Vorsicht Vertragsfalle! Wie Sie sich vor Vertragsfallen und Betrugsversuchen schützen können“ / Referentin: Michaela van Wersch / Dienstag, 29. August 2024, 12.30 Uhr

„Arbeitnehmer und Steuern“ / Referent: Hans-Ulrich Liebern / Dienstag, 22. Oktober 2024, 12.30 Uhr

„Steuerfallen bei privaten Veräußerungsgeschäften“ / Referentin: Michaela van Wersch / Dienstag, 12. November 2024, 12.30 Uhr

„Die Häufigsten Irrtümer im Wohnraum - Mietrecht“ / Referent: Ralf Schönfeld / Mittwoch, 20. November 2024, 12.30 Uhr

„Der GmbH-Geschäftsführer“ / Referentin: Melanie Payrhuber / Donnerstag, 05. Dezember 2024, 18 Uhr

„Social Media – Ein detaillierter Überblick“ / Referentin: Vanessa Bosen / Donnerstag, 12. Dezember 2024, 18 Uhr

Broschüren und Publikationen für unsere Mitglieder (eine Auswahl):

77 Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts

Große Reformen sollte der Gesetzgeber nicht aus den Augen verlieren. Konkrete Erst-Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts (01/24)

Steueränderungen 2024 & aktuelle Steuertipps

Wie in jedem Jahr müssen sich die Steuerzahler auch 2024 auf zahlreiche Änderungen im Steuerrecht einstellen. (02/24)

Steuererklärung für Arbeitnehmer 2023

Wer zu viel gezahlte Steuern vom Finanzamt zurückhaben will, muss eine Steuererklärung machen. Das ist aber oft leichter gesagt als getan ... (02/24)

Meine erste Steuererklärung 2023

Sie wissen nicht genau, ob Sie eine Steuererklärung abgeben müssen? Sie haben keine Ahnung, ob sich die Mühe für Sie überhaupt lohnt und keine Idee, wo sie anfangen müssen? Unsere Broschüre gibt Ihnen einen Überblick. (04/24)

BdSt Sparbuch für den Bundeshaushalt 2024

Wir machen den Ausgaben-Check im Bundeshaushalt und zeigen, WO und WIE gespart werden kann! (07/24)

Belastungs-Check 2024

Lesen Sie aktuelle Zahlen und Fakten zur Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland im BdSt-Belastungscheck 2024. (08/24)

Das Schwarzbuch 2024/25

Milliarden Euro Steuergeld hat die Politik in sinnlose Projekte gesteckt. Wir decken die Skandale auf, weil Sie als Bürger wissen sollen, was damit gemacht und wo Steuergeld verschwendet wird. (10/24)

Steuern rund ums Haus 2024

Viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind Immobilieneigentümer. Viele planen, eine Immobilie zu erwerben oder sind bereits Eigentümer. Was muss beachtet werden? (12/24)

Veranstaltungen.

Gemeinsam laufen. So berichteten wir in unserer Mitgliederzeitung „Nordblick“ über den ersten gemeinsamen Start der Landesverbände Hamburg und MV beim Hafencity-Run:

Nordblick | Bund der Steuerzahler Hamburg & Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Gemeinsam für den guten Zweck!

Team des BdSt Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern startet zum ersten Mal beim Hafencity-Run

Das war ein voller Erfolg. 17.000 Läufer, verteilt auf mehr als 500 Teams, gingen Anfang Juni beim Hafencity-Run an den Start. Zum ersten Mal dabei waren mit 30 Teilnehmern auch die BdSt Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. „Viele kennen vor allem unser Schwarzbuch, in dem wir Verschwendungsfälle thematisieren“, sagt Petra Ackmann, Vorsitzende des BdSt Hamburg. „Dass wir ein Verein sind, in dem jeder Mitglied werden kann, ist nicht allen bekannt. Das war heute eine gute Möglichkeit, auf unsere Arbeit hinzuweisen.“ Knud Bernitz, Vorsitzender des BdSt Mecklenburg-Vorpommern, ging mit an den Start und freute sich, dass auch viele Mitglieder aus Schwerin nach Hamburg gekommen waren, um an der Laufveranstaltung teilzunehmen. „Es ist gut, dass es solche Veranstaltungen gibt“, sagt Sascha Mummenhoff, Geschäftsführer der beiden Landesverbände. „Der Hafencity-Run zeigt, wie viele Ver-

eine, Verbände und Unternehmen in Hamburg zu Hause sind. Das ist beeindruckend. Darüber hinaus freuen wir uns, die großartige Arbeit von „Hamburger Abendblatt hilft“, dem Charity-Partner des Laufs, zu unterstützen. Der Verein hilft bedürftigen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Behinderung in der Metropolregion Hamburg. Bevor es allerdings auf die Strecke ging, standen Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff noch für Hamburg 1 vor der Kamera. Live sprachen die beiden über das Engagement des BdSt. Ein besonderes Lob gab es für den BdSt dann direkt vor dem Start. Moderator Lou Richter berichtete, dass der BdSt einen Verschwendungsfall quasi direkt vor seiner Haustür aufgedeckt hatte. „Gut, dass es euch gibt“, rief er dem BdSt-Team zu. Übrigens: Das Ergebnis des Laufs kann sich sehen lassen: Fast 90.000 Euro sind für den Verein „Hamburger Abendblatt hilft“ zu-

sammengekommen. Wenn unsere Mitglieder Lust haben, dann sind wir auch 2025 wieder dabei. Bilder sagen bekanntlich mehr als 1.000 Worte. Daher teilen wir hier gern das Highlight-Video des Veranstalters. Wer genau hinschaut, entdeckt sogar ein BdSt-Shirt (nochmals danke an www.clubzonedesign.com für das Design). Hier geht es zum Video: bit.ly/3L2PDbK Der kurze Interview-Abstecher von Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff beim Hamburg 1 und Moderator Nico Pommerenke im Zuge des Hafencity-Runs ist noch bei Youtube zu sehen. Wer möchte, kann den Beitrag über unsere YouTube-Playlist aufrufen. Hier der Link: bit.ly/4cuxPSy Wir kommen bei 2:11:52 ins Spiel. Und auch unser Start ist zu sehen – inklusive Top-Anmoderation von Lou Richter – 2:46:09.



75 Jahre Bund der Steuerzahler Hamburg

Feier über den Dächern von Hamburg: So berichteten wir in unserer Mitgliederzeitung (12/24) „Nordblick“ über die Feier vom 17. Oktober 2024 mit unseren Mitgliedern sowie zahlreichen Gästen aus Politik und Wirtschaft. Alle Ausgaben unserer Zeitung, die wir gemeinsam mit dem Landesverband Hamburg erstellen und regelmäßig dem Wirtschaftsmagazin „Der Steuerzahler“ beiliegt, sind Bestandteil dieses Geschäftsberichts.

75 Jahre Bund der Steuerzahler Hamburg

Launige Jubiläumsfeier mit Mitgliedern und Prominenz über den Dächern der Stadt

Einen guten Überblick über die Stadt zu haben – davon lebt der Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. Dazu passend beging der Verein jetzt sein 75-jähriges Bestehen hoch über den Dächern der Metropole. Im 20. Stock des Atlantik-Hauses am Hafen kamen 200 geladene Gäste zusammen, darunter vor allem viele Mitglieder sowie Vertreter aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Bei Live-Musik und launigen Reden von Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), Abendblatt-Chefredakteur Lars Halder und BdSt-Deutschland-Präsident Reiner Holznagel wurde lange miteinander gesprochen.



Begrüßt wurden die Gäste zunächst von Sascha Mummenhoff, Vorsitzender des BdSt Hamburg, und seiner Vorgängerin Petra Ackmann. Diese bedankten sich zu Beginn bei den Mitgliedern, Unterstützern und vor allem den ehrenamtlichen Vorstandskollegen – und setzten mit ihrer lockeren, fröhlichen Art gleich den Grundton der Veranstaltung. „Es soll ein lustiger Abend werden“, so Petra Ackmann. Sascha Mummenhoff betonte, wie wichtig die Mitgliedschaft im BdSt sei: „Alles, was wir machen, verdanken wir unseren Mitgliedern.“ Der BdSt finanziert sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Zu den Gästen zählte Dr. Manfred Jäger. Für den erst Anfang Oktober bestätigten Präsidenten des Hamburger Rechnungshofs war das BdSt-Jubiläum die erste offizielle Veranstaltung. Weitere Gratulanten waren Stefan Bilschler (Präsident der Steuerberaterkammer Hamburg), Thomas Kuffer (Vorsitzender der Deutschen Steuergelehrtenvereinigung Hamburg), Dennis Thiering (Fraktionsvorsitzender der CDU) sowie Katharina Blume (stellvertretende Landesvorsitzende der FDP). Als erster Redner trat Finanzsenator Dr. Andreas Dressel vors Publikum. Etwas verwundert nahmen die Gäste seine zunächst abgelesene und eher allgemein gehaltene Rede zu Kenntnis – ehe der SPD-Politiker dann darüber aufklärte, dass er diesen Teil von einer KI habe erstellen lassen. „Das

Manuskript hat also kein Mitarbeiter aus meinem Präsidialstab vorbereiten müssen. Das war schon wieder ein sparsamer Ressourceneinsatz“, so der Senator augenzwinkernd. Anschließend legte er seine Karten beiseite und betonte zunächst die Rolle des Bundes der Steuerzahler bei der Förderung von Transparenz und Steuererechtigkeit. „Ihre Arbeit ist unverzichtbar – auch wenn sich Ihre Beliebtheit in der öffentlichen Verwaltung teilweise zumindest in Grenzen hält, um es mal diplomatisch auszudrücken.“ Man habe aber zu großen Teilen die gleichen Ziele. „Auch ich setze mich für die Vereinfachung des Einkommensteuerrechts ein, weil das auch in der Verwaltung zu weniger Aufwand führt. Warum haben wir beispielsweise noch die Hornöfence-Pauschale auf der einen Seite und die Entfernungspauschale auf der anderen?“ So müsse man bei der Steuererklärung immer schauen, an welchen Tagen man jetzt eigentlich genau im Büro war und wann zu Hause. „Was für ein bürokratischer Aufwand!“ Selbstverständlich ging Dressel auch auf die Debatte rund um eine mögliche Lockerung der Schuldenbremse ein und machte keinen Hehl daraus, auf welcher Seite er steht. „Jetzt sagen sogar schon namhafte Ratingagenturen, das größere Risiko ist nicht, dass vielleicht die Staatsverschuldung noch etwas steigt. Und wenn der Sachverständigenrat der Bundesregierung

und auch der Bundesverband der Deutschen Industrie – die beide nicht als sozialdemokratische Vorfeldorganisation gelten – mehr Infrastrukturinvestitionen fordern, dann ist das etwas, über das wir auch noch mal miteinander reden müssen.“ Anschließend ergiff BdSt-Präsident Reiner Holznagel das Mikrofon und warf zunächst einen kurzen Blick auf die Gründungszeit des Vereins kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs. „Damals waren die öffentlichen Haushalte noch geheime Verschlussachsen. Als Steuerzahler hatte man überhaupt keinen Anspruch darauf zu wissen, was eigentlich mit dem eigenen Geld passiert.“ Heutzutage bestehe dieses Problem natürlich nicht mehr, doch der Kampf für Steuererechtigkeit sei noch lange nicht vorüber. Zum Beispiel bei der kalten Progression, durch die für Steuerzahler bei Inflation bedingtem Lohnzuwachs eine ungerechte Mehrbelastung entsteht. „Wir treten dafür ein, dass es hier endlich einen Anpassungs-Automatismus gibt. Andernfalls ist es eine Steuererhöhung durch die Hintertür.“ Zudem gehe es dem BdSt auch um die Steuermoral. „Wir als Gesellschaft haben einen Vertrag abgeschlossen, dass der Staat uns Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt gibt – und dass er Rahmenbedingungen organisiert, in denen wir gut und gern leben wollen. Und deswegen ist es immer wichtig, mit dem Geld ordentlich umzugehen und das Gefühl zu erzeugen,

dass der Staat ein sorgsamer und nachhaltiger Investor ist.“ Stattdessen sehe er oftmals eine geradezu lässige Umgangsweise des Staates, wenn es darum gehe, das eingenommene Geld zusammenzuhalten und gut auszugeben. „Ich erwähne nur Cum-Ex oder den Masken-Skandal. Auch unser jüngst erschienenes Schwarzbuch listet wieder zahlreiche haarsträubende Fälle auf.“ Steuergeldverschwendung habe keine politische Farbe. „Deswegen ist die Politik insgesamt aufgefordert, mehr darauf zu achten, dass das Geld besser und nachhaltiger eingesetzt wird.“

Nach Reiner Holznagel betrat Lars Halder, Chefredakteur des Hamburger Abendblatts, die Bühne. Er erzählte anekdotisch, wie er bisweilen am deutschen Steuersystem verzweifelt. Zum Beispiel beim Kauf einer Ferienwohnung, die vorwiegend für die Vermietung genutzt werden soll. „Wenn Sie dann beim Notar sitzen, sollten Sie unbedingt angeben, dass Sie von der Mehrwertsteuerbefreiung befreit werden wollen. Jeder normale Mensch denkt dann, jetzt muss ich auf den Kaufpreis 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen, aber genau so ist es eben nicht“, so der Journalist. Eine Sachlage, an der bisweilen offenbar sogar Experten verzweifeln. „Ich habe mit insgesamt sieben Steuerberatern über dieses Thema gesprochen, aber Petra Ackmann war die einzige, die die richtige Antwort für mich hatte.“ Er habe sich viel über diese Thematik aufgeregt. „Wenn nicht einmal ein Chefredakteur das Steuersystem ansetzweise versteht, ist das kein gutes Zeichen. Beim Deutschland-Ticket wurde ja gerade vorgeschlagen, wie radikale Vereinfachung funktioniert. Da frage ich mich natürlich, wieso wir das mit dem Steuersystem nicht auch hinbekommen.“ Ein kleines Steh-Büfett mit Currywurst, Wraps und Mini-Franzbrötchen rundeten die Veranstaltung ab – während im Hintergrund das Trio „8 to the Bar“ mit Hits aus den vergangenen 75 Jahren für die musikalische Unterhaltung sorgte.



75 Jahre Bund der Steuerzahler in Hamburg (v. l.): Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), BdSt-Landesvorsitzender Sascha Mummenhoff, Petra Ackmann (Steuerpolitische Sprecherin), Reiner Holznagel (Präsident des Bund der Steuerzahler Deutschland), Dr. Manfred Jäger (Präsident des Hamburger Rechnungshofs) und Lars Halder (Chefredakteur des Hamburger Abendblatt).



Vorstand und Verwaltungsrat des BdSt Hamburg (v.l.): Jürgen Nielsen (stellvertretender Vorsitzender), Petra Ackmann (Steuerpolitische Sprecherin), Sascha Mummenhoff (Vorsitzender), Alexander Fischer (Verwaltungsvorsitzender), Dieter Irandt (Sozialpolitische Sprecherin) und Gabriele Kummerfeldt (Schatzmeisterin).

Veranstaltungen für Mitglieder

Regelmäßig bieten wir für unsere Mitglieder exklusive Veranstaltungen an.

Fahrt in den Bundestag: Auf Einladung des FDP-Bundestagsabgeordneten Michael Kruse konnten 44 Mitglieder des Hamburger BdSt am Besuchsprogramm des Bundestages teilnehmen. Außerdem luden wir unsere Mitglieder zu einer **exklusiven Besichtigung** ein:

Mit dem BdSt nach Berlin

Das waren zwei gelungene Tage! 44 Hamburger BdSt-Mitglieder nahmen auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Michael Kruse (FDP) am Besucherprogramm des Bundestages in Berlin teil. Stationen waren unter anderem



Jürgen Nielsen, der stellvertretende Vorsitzende des BdSt Hamburg, dankte Michael Kruse für die Einladung nach Berlin.

der Bundesrat, der Bundestag (mit Besuch einer Plenarsitzung und der Reichstagskuppel) und das Verteidigungsministerium. Kruse – er ist energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion – nahm sich Zeit, die Teilnehmer über seine Arbeit als Abgeordneter zu informieren. In dem Gespräch unterstrich er die Bedeutung des BdSt.



Michael Kruse begrüßte 44 Mitglieder des BdSt Hamburg.

Es sei wichtig, dass es eine Institution wie den Steuerzahlerbund gibt, der die Interessen aller Steuerzahler vertritt. Außerdem ging es um die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen, überbordende Bürokratie und Fachkräftezuwanderung für den Mittelstand. Wir danken Michael Kruse für die Möglichkeit, unseren Mitgliedern so ein nachhaltiges Erlebnis bieten zu dürfen.

2

Nordblick 06/2024

Exklusive DESY-Besichtigung – Jetzt anmelden!



Am 13. Juli können BdSt-Mitglieder einen exklusiven Blick hinter die Kulissen von DESY in Hamburg Bahrenfeld werfen.

Der BdSt Hamburg freut sich sehr, seinen Mitgliedern eine ganz besondere Einladung übermitteln zu dürfen.

Am Samstag, 13. Juli 2024, um 10 Uhr erhalten 40 Mitglieder die Möglichkeit, im Zuge einer etwa dreistündigen Führung einen exklusiven Blick hinter die Kulissen von

DESY in Hamburg-Bahrenfeld (Notkestraße) zu werfen. DESY zählt zu den weltweit führenden Beschleunigerzentren. Mit den DESY-Großgeräten erkunden Forscherinnen und Forscher den Mikrokosmos in seiner ganzen Vielfalt - vom Wechselspiel kleinster Elementarteilchen über das Verhalten neuartiger Nanowerkstoffe bis hin zu jenen lebenswichtigen Prozessen, die zwischen Biomolekülen ablaufen. Damit ist DESY nicht nur ein Magnet für jährlich mehr als 3.000 internationale Forschende aus über 40 Nationen, sondern auch gefragter Partner in nationalen und internationalen Kooperationen. Im Zuge der Besichtigung erhalten die Teilnehmenden zunächst allgemeine Informationen. Danach geht es in die Experimentierhallen, in denen sie einen Eindruck von der Forschungsarbeit gewinnen können. „Wir freuen uns über die Möglichkeit, DESY

mit seinen großen Potenzialen für Wissenschaft und Innovation dem Bund der Steuerzahler vorstellen zu können“, sagt Christian Harringa (Administrativer Direktor bei DESY).

Sie wollen dabei sein? Ihre Anmeldung richten Interessenten bitte an unsere Mitarbeiterin Stefanie Janz. Sie ist via E-Mail an mail@steuerzahler-hamburg.de zu erreichen. Anmeldungen sind ausschließlich via E-Mail möglich. Bitte sehen Sie von Nachfragen ab. Wir werden die Teilnehmer rechtzeitig informieren. Anmeldeschluss ist am Freitag, 15. Juni 2024.

Übrigens: Sie haben Lust, Ihr Unternehmen unseren Mitgliedern im Zuge einer Veranstaltung beziehungsweise Führung vorzustellen: Dann sprechen Sie gern Geschäftsführer Sascha Mummenhoff an. Er ist am besten via E-Mail an mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de oder telefonisch unter 040-330663 zu erreichen.

Nordblick 06/2024

1

Gemeinsam feiern. So berichteten wir über unseren gemeinsamen Stand zum „Tag der Deutschen Einheit“ in Schwerin. Wie im Jahr zuvor beim Hamburger Bürgerfest anlässlich des 3. Oktober standen die beiden Landesverbände auch diesmal gemeinsam auf der Bürgermeile und kamen mit zahlreichen Menschen ins Gespräch, darunter auch Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft.

Nordblick | Bund der Steuerzahler Hamburg & Mecklenburg-Vorpommern e.V.



Vereintes Land – gemeinsamer Stand. Auch Petra Ackmann aus Hamburg war aktiv dabei.



Foto, bitte! Präsident Holznagel, der in diesem Jahr den „Großen Preis der Wirtschaft“ des Unternehmerverbandes Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin erhalten hat, mit Geschäftsführerin Pamela Buggenhagen und Präsident Matthias Kunze.



Für den tollen Einsatz der zahlreichen Polizist:innen während der Veranstaltung hat der BdSt der Gewerkschaft der Polizei Taschen und Steuerzahler-Futter gebracht (Michaela Skott/Sebastian Weise (GdP)).



Hatten einiges zu besprechen: Der Landesvorstand des BdSt MV und Finanzminister Dr. Heiko Geue.



XXX Rosenkranz, Präsident Reiner Holznagel und ein frisch als Mitglied geworbener „Mecklenburger Jung“.



Landesvorsitzender Knud Bernitz (l) im Gespräch mit einem Gast am Stand.

Vereint feiern – Tag der Deutschen Einheit in Schwerin

In diesem Jahr war das Land Mecklenburg-Vorpommern der Gastgeber für das Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit. Gefeierte wurde über drei Tage in der Landeshauptstadt Schwerin. Mit dabei war auch in diesem Jahr der Bund der Steuerzahler mit seinen beiden Landesverbänden MV und Hamburg. Dem voraus ging eine intensive Vorbereitung durch das Team der Geschäftsstelle. Stand bestellen und bestücken – das kannte man dort schon aus dem vergangenen Jahr und dennoch war es eine Herausforderung, die durch alle wieder hervorragend gemeistert wurde. Vielen Dank! Ausgestattet mit gesunden BdSt-Äpfeln, Steuerzahlerfutter, einer stets gut gefüllten Popcorn-Maschine, einer Foto-Box und viel Info-Material stürzten sich Vereins- und Vorstandsmitglieder, darunter auch Präsident Reiner Holznagel, vom 2. Oktober bis zum 4. Oktober gut gelaunt in das Getümmel der MV-Meile am Schweriner Pfaffenteich. Und es hat sich gelohnt! Wir haben viel Zuspruch erhalten,

konnten Positionen erklären und es gab sogar neue Fall-Hinweise. Wir hatten auch aktiv zu Gesprächen an unseren Stand eingeladen. Auf diese Weise kam mit dem ein oder anderen Landespolitiker ein Austausch zu Stande und auch Finanzminister Dr. Heiko Geue ließ es sich nicht nehmen bei seine „härtesten“ Kritikern auf einen Plausch vorbeizukommen. Bei aller (berechtigter) Kritik: Das Wichtigste ist ja letztlich, dass man miteinander auf Augenhöhe in Kontakt bleibt. Rund 5,7 Mio. Euro kostet das dreitägige Bürgerfest das Land. Wir haben viele zufriedene Stimmen über den Ablauf und die Organisation gehört. Ein Eindruck, den wir ebenfalls bestätigen können. Wir bleiben bei unserer einzigen Kritik, nämlich der, dass wir uns wünschen, dass nicht jedes Bundesland alljährlich auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein eigenes Motto und Logo entwickelt. Wie viel schöner wäre es, wenn wir jedes Jahr am 3. Oktober einfach nur vereint feiern?!

Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. mit seinen Gremien führt regelmäßig Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft. Recherchen zu Hinweisen von Steuergeldverschwendung werden persönlich durchgeführt und vor Ort besichtigt. Gegenüber den Medien nehmen wir regelmäßig Stellung. Der Landesvorsitzende Sascha Mummenhoff ist ein gefragter Gesprächspartner.

Datum	Thema	Veröffentlichungen
10. Januar 2024	Dieser Steuersatz kennt nur eine Richtung: nach oben! Die aktuelle Podcast-Folge von „Die Steuerklärer“ befasst sich mit der Grunderwerbsteuer.	Luruper Nachrichten
22. Januar 2024	„Schuldentilgung ist richtig! Aber wo bleiben die Sparpläne des Senats?“	Welt Online Luruper Nachrichten
25. Januar 2024	„Auf den Experten hören und Optionen prüfen“ (Berichts „Eine zweite Köhlbrandbrücke für den Hamburger Hafen?“)	Abendblatt NDR Hamburger Tagesjournal
25. Januar 2024	„Ein Königreich für eine Kröte – beispiellose Verschwendung von Steuergeldern in Hamburg Altona!“	Abendblatt (exklusiv)
29. Januar 2024	Neue Podcast-Folge von „Die Steuerklärer“ zum Thema Existenzgründung erschienen	
31. Januar 2024	„Krötenschutz nicht um jeden Preis – Luxustunnel in Blankenese ein Fall für das Schwarzbuch“	Allgemein Bild Morgenpost T-Online Radio Hamburg Welt Welt TV Moin.de Hamburg.de Spiegel
2. Februar 2024	„Wir helfen Kröten lieber über die Straße, als die Kröten der Steuerzahlenden aus dem Fenster zu werfen.“	Abendblatt Hamburger Tagesjournal Morgenpost

5. Februar 2024	„Das macht einen sprachlos: Justizbehörde zahlt fast 7 Millionen Euro Miete für nichts!“	Abendblatt Hamburg Journal NDR Luruper Nachrichten Immobilien Zeitung
9. Februar 2024	Aus Respekt vor dem Engagement: BdSt-Vorstand nimmt nicht an Kröten-Info teil.	Abendblatt Morgenpost
12. Februar 2024	Info-Veranstaltung Kröten	Abendblatt Morgenpost Hamburger Tagesjournal
12. Februar 2024	Allgemeine Themen	Hamburg 1
12. Februar 2024	Kritik am Krötentunnel in Blankenese	Sat 1
13. Februar 2024	Drei Schwarzbuchfälle: Staatsanwaltschaft, Maurienbrücke und Fahrradparkhaus	Focus Online (Exklusiv)
16. Februar 2024	Kostenloses Online-Seminar: Steuertipps für Studierende und Eltern	Luruper Nachrichten Hamburger Tagesjournal
19. Februar 2024	Rechnungshof Jahresbericht 2024: „Ignoranz und mangelnder Sachverstand: Rechnungshof-Kritik ist Wasser auf unseren Mühlen“	Abendblatt Süddeutsche Zeitung Welt
23. Februar 2024	Vom Steuerklassen-Code und anderen Mysterien: Die aktuelle Podcast-Folge von „Die Steuerklärer“ bringt Licht ins Lohnsteuer-Dunkel.	Hamburger Tagesjournal Luruper Nachrichten
27. Februar 2024	„Beim Sparen und Planen ist deutlich noch Luft nach oben!“	Abendblatt NTV Vodafone Hamburger Tagesjournal
28. Februar 2024	BdSt positioniert sich klar gegen den MSC-Deal: Das Hamburger Tafelsilber darf nicht verscherbelt werden!	
11. März 2024	„Köhlbrandbrücke: Endlich geschieht wohl etwas. Aber ist es auch sinnvoll?“	Abendblatt Hamburger Tagesjournal Vodafone live Welt
12. März 2024	Vergütungs- und Beteiligungsbericht 2022:	

	„Dressels schöne Worte ersetzen keinen echten Plan!“	
14. März 2024	Der BdSt Hamburg gratuliert Philipp Häfner zur Wahl zum Vizepräsidenten des Rechnungshofs	
15. März 2024	Tag der Deutschen Einheit: „In Mecklenburg-Vorpommern wiederholt sich Hamburgs Größenwahn“	DPA NDR Abendblatt Stern SVZ Nordkurier Merkur MSN Die Zeit NTV Radio 80s80s
22. März 2024	Wieso Vermieter unbedingt die 66-Prozent-Regel kennen sollten Neue Podcast-Folge von "Die Steuerklärer" erschienen	
10. April 2024	Bearbeitungs-Check Steuerbescheide / Hamburg braucht zwei Tage länger und bleibt dennoch auf Platz 2	Abendblatt
11. April 2024	Umzug der Staatsanwaltschaft: Senatorin weist Vorwürfe zurück	Hamburg Journal Tagesschau.de Hamburger Tagesjournal Morgenpost
25. April 2024	Keine Randalen auf Kosten der Steuerzahlenden! Bund der Steuerzahler in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern fordern Bundesinitiative zur Schaffung eines Polizeikostenfonds	
26. April 2024	So viele Nummern – so viel Verwirrung! Neue Podcast-Folge von „Die Steuerklärer“ ist erschienen	
3. Mai 2024	„Kein Rentenbonus auf Kosten der Steuerzahler - diese Pläne sind nicht ausgewogen!“	Bild Abendblatt Welt Morgenpost Merkur Luruper Nachrichten

28. Mai 2024	"An der Schuldenbremse muss festgehalten werden!"	
28. Mai 2024	Mai-Steuerschätzung: „Statt die Schuldenbremse zu reformieren, sollte das Ziel sein, die Bürger:innen zu entlasten“	Süddeutsche Zeitung Abendblatt Süddeutsche Zeitung
31. Mai 2024	Ab dieser Gehaltsgrenze wird's für Studenten richtig teuer! Neue Podcast-Folge von "Die Steuerklärer" erschienen	
17. Juni 2024	„Mit Augenmaß sparen, denn die Bürger:innen dürfen nicht stärker belastet werden!“ Start Haushaltsberatungen	Welt
20. Juni 2024	Wohnnebenkosten-Vergleich 2024 / Hamburg ist jetzt Vize-Meister – leider nur bei den Wohnnebenkosten!	Hamburg Journal (NDR) Abendblatt
28. Juni 2024	Die GmbH als Steuerspar-Modell nutzen? Lieber nicht! Neue Podcast-Folge von "Die Steuerklärer" erschienen	
1. Juli 2024	PK Grundsteuerreform; „Lob für den konstruktiven Dialog – und doch eine Chance vertan“	Abendblatt Welt NDR Morgenpost T-Online Stern Merkur
3. Juli 2024	„Dieser Bonus schmeckt nach Selbstbedienung!“: Bezirkspolitiker verdoppeln ihre Bezüge	Abendblatt (exklusiv) Bild T-Online
9. Juli 2024	Am Donnerstag, 11. Juli, ist der Steuerzahlergedenktag 2024 / Ab 11.08 Uhr arbeiten die Bürger wieder für ihr eigenes Portemonnaie	
10. Juli 2024	Ab dem 11. Juli arbeiten wir für uns! Spezial-Podcast mit BdSt-Präsident Reiner Holznagel zum Steuerzahlergedenktag.	
19. Juli 2024	Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. wählt neuen Vorsitzenden Sascha Mummenhoff übernimmt von Petra Ackmann	Luruper Nachrichten

29. Juli 2024	Kuriose Regelungen bei der Mehrwertsteuer	NDR
2. August 2024	„Haus der Erde – das ist einfach nur noch ein peinliches Desaster!“	Sat 1 Regional (Live im Studio) Abendblatt Zeit Online Immobilien Zeitung
5. August 2024	Die Tricks: Die Tricks mit Steuern und Gehältern	NDR
14. August 2024		Abendblatt Podcast „Entscheider treffen Haider“
14. August 2024	„Den Überschuss nutzen, um Schulden zu tilgen!“ / Kommentierung zum Hamburger Haushalt	Süddeutsche Zeitung NDR Sat 1 Merkur Aussiedlerbote
2. September 2024	Rechnungshof: Bericht zur Haushaltslage 2024 „Fehlentscheidungen bei Anmietungen und mangelnde Fortschritte bei Beteiligungen – der Senat geht ineffizient mit Steuergeldern um!“	Abendblatt Welt ntv Sat 1
3. September 2024	„Diese Zahlen dürfen nicht zu Selbstzufriedenheit führen!“ - „Geschäftsbericht 2023“	
9. September 2024	„Polizeikosten-Fonds für Hochrisiko-Spiele: Das ist der richtige Schritt!“	Abendblatt
18. September 2024	„Beteiligung von Profivereinen an Polizeikosten: Ein Schritt zur Entlastung der Steuerzahler“	Die Welt Sportschau.de Süddeutsche Zeitung
26. September 2024	Das Schwarzbuch 2024/25 erscheint am 10. Oktober - mit 7 Hamburger Fällen / BdSt nimmt erneut am Einheitsfest teil	
27. September 2024	Steuerbonus für Ehrenamtliche - Was Sie wissen müssen / Neue Podcast-Folge von "Die Steuerklärer" erschienen	
9. Oktober 2024	Bund der Steuerzahler Hamburg: Das Schwarzbuch 2024/25 ist erschienen - mit 7 Hamburger Fällen / 2 Podcast-Sonderfolgen	

11. Oktober 2024	Bund der Steuerzahler Hamburg: 75 Jahre BdSt in Hamburg / Bitte um Berichterstattung	Abendblatt
18. Oktober 2024	Hamburger Verwertungsanlage für Rückstände aus der Abwasserbehandlung, kurz VERA, wird mindestens 100 Millionen Euro teurer - und später fertig.	Abendblatt (exklusiv) Morgenpost NDR Radio Hamburg Ostseewelle Bild Hamburg Zeit Online Stern Tagesschau.de
29. Oktober 2024	"Handeln statt Schönreden!" / Vergütungs- und Beteiligungsbericht 2023	Abendblatt
5. November 2024	Herbst-Steuerschätzung: „Der Senat muss mit eigener Sparsamkeit den Fleiß der Bürger und Bürgerinnen belohnen“	Abendblatt
8. November 2024	Hamburg Wasser: „Der Senat muss mit schonungsloser Transparenz verlorenes Vertrauen wieder aufbauen!“	Abendblatt Abendblatt-Newsletter NDR Hamburg Journal Tageschau
12. November 2024	UKE und Hamburg Wasser: „Mit schonungsloser Transparenz Vertrauen herstellen!“	Hamburg Journal (Interview)
13. November 2024	UKE und Hamburg Wasser: „Mit schonungsloser Transparenz Vertrauen herstellen!“	
13. November 2024	Anmietung Haspa-Zentrale für Finanzbehörde	Abendblatt (Exklusiv)
13. November 2024	Hamburg Wasser fällt bei Qualitätszertifizierung durch	Abendblatt (Exklusiv)
14. November 2024	Sanierung Finanzbehörde am Gänsemarkt: „CDU-Fehler kosten Steuerzahler Millionen – und SPD und Grüne machen es im Hafen nicht besser!“	Abendblatt Ostseewelle Süddeutsche Zeitung
15. November 2024	„Ein Wahltermin wäre die einzig sinnvolle Lösung“	DPA (vorab) Abendblatt Morgenpost Süddeutsche Zeitung NTV Radio Hamburg Ostseewelle Sat 1

		NDR FAZ Stern Die Zeit Tageblatt.de Borkener Zeitung
15. November 2024	Filzverdacht gegen Hamburger Finanzsenator verdichtet sich	Spiegel (wir werden zitiert)
29. November 2024	Wenn nach der Weihnachtsfeier eine Steuernachzahlung droht / Neue Podcast-Folge von "Die Steuerklärer" erschienen	Luruper Nachrichten
6. Dezember 2024	Hamburg Wasser: Der Skandal weitet sich aus! Senator Kerstan erfährt von Millionen-Debakel aus der Zeitung - ein politisches Armutszeugnis	Abendblatt
12. Dezember 2024	Milliardengrab Hafenumuseum: Steuerzahlergeld darf nicht in eine Förderruine fließen! Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. fordert Stopp des Projekts	Abendblatt sh:z Ostfriesen Zeitung Neue Osnabrücker Zeitung Marine Forum Binnenschifffahrt Online Hansa International Maritime Journal Klönnschnack
16. Dezember 2024	Warum Vermietung nicht gleich Vermietung ist / Neue Podcast- Folge von "Die Steuerklärer" erschieden	
23. Dezember 2024	So wird unser Geld verschwendet	Lisa

Podcast.



Unser **Podcast „Die Steuerklärer“** mit den beiden Hosts Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff ging 2024 in die zweite Runde. 14 Folgen sind mit Unterstützung der Firma „Wortlieferant“ entstanden.

Unterhaltsam und für jedermann verständlich werden hier Steuerthemen erklärt und diskutiert, die uns alle angehen. Ob erste Steuererklärung, Vermietung über AirBnB, Besteuerung von GmbHs oder die Steuererklärung für Senioren. Kaum ein Thema, das wichtig ist bleibt



außen vor. Zur Veröffentlichung des „Schwarzbuches“ im Oktober wurden zwei Sonderfolgen mit Präsident Reiner Holznagel ausgestrahlt. Den Podcast kann man über die Website des Landesverbandes hören oder überall dort, wo es Podcasts gibt. Neue Folgen werden über unsere Social-Media-Kanäle (LinkedIn/Facebook) und im „Nordblick“ angekündigt. Auch im Jahr 2025 wird dieses

Format weitergeführt. [Scannen Sie diesen QR-Code, um direkt zu allen Folgen zu gelangen.](#) Viel Spaß beim Hören wünscht Ihr BdSt Hamburg!



AirBnB und Co.: Deswegen schaut das Finanzamt bei Kurzzeit-Vermietung ganz genau hin

12. Dez. 2024

Viele Eigentümer wissen, dass Kosten im Zusammenhang mit einer Wohnungsvermietung steuerlich absetzbar sind. Doch was passiert, wenn die...

[Mehr anzeigen](#)

24:32



Wenn nach der Weihnachtsfeier eine Steuernachzahlung droht ...

28. Nov. 2024

Alle Jahre wieder – veranstalten Unternehmen ihre Weihnachtsfeiern. Manche beschenken bei dieser Gelegenheit auch gleich die Mitarbeiter. Aber Vorsicht: In...

[Mehr anzeigen](#)

34:07



75 Jahre BdSt Hamburg: So wurde gefeiert

08. Nov. 2024

Hoch über den Dächern der Stadt feierte der Bund der Steuerzahler Hamburg Mitte Oktober sein 75-jähriges Bestehen. Mit dabei waren natürlich zahlreiche...

[Mehr anzeigen](#)

01:07:39



Schwarzbuch 2024 (Folge 2): Die kuriosesten Fälle aus dem Norden

09. Okt. 2024

Das Schwarzbuch 2024 ist erschienen. Auch in der 52. Ausgabe ist es ein Kompendium der absurden Steuerverschwendungen. In der zweiten von zwei...

[Mehr anzeigen](#)

39:05



Schwarzbuch 2024 (Folge 1): Hinter den Kulissen – mit Reiner Holznagel

09. Okt. 2024

Das Schwarzbuch 2024 ist erschienen. Auch in der 52. Ausgabe ist es ein Kompendium der absurden Steuerverschwendungen. In der ersten von zwei...

[Mehr anzeigen](#)

34:50



Steuerbonus für Ehrenamtliche: Das müssen Sie wissen

26. Sept. 2024

Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft: Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Als Anerkennung hält der Staat für sie steuerliche Vorteile bereit....

[Mehr anzeigen](#)

25:04



Die Steuerklärer machen Sommerpause

30. Juli 2024

Die Steuerklärer machen eine kleine Sommerpause. Wann es weitergeht erfahren Sie in diesem kurzen Trailer. Wir wünschen einen schönen Urlaub und: Bis bald!

01:40



Steuerzahler-Gedenktag: Ab heute arbeiten wir fürs eigene Portemonnaie – mit Reiner Holznagel

10. Juli 2024

Am Donnerstag, 11. Juli, ist der Steuerzahlergedenktag 2024. Ab 11.08 Uhr arbeiten die Bürger endlich wieder für ihr eigenes Portemonnaie. Das bedeutet zugleich: D...

[Mehr anzeigen](#)

38:12



Die GmbH als Steuerspar-Modell? Lieber nicht!

27. Juni 2024

Die GmbH ist eine der am stärksten verbreiteten Unternehmensformen in Deutschland. Kein Wunder: Mit ihr kann sich der Inhaber bei einer Pleite vor...

[Mehr anzeigen](#)

28:56



Studierende aufgepasst: Diese Jobs können teuer werden!

30. Mai 2024

Wer das Studium beginnt, hat viel um die Ohren. Umziehen, neue Leute kennen lernen, an der Uni orientieren und natürlich oft auch: Einen Job suchen. Doch wer...

Mehr anzeigen

25:18



Schluss mit der Verwirrung: Das bedeuten Steuernummer, Steuer-ID und Co.

25. Apr. 2024

Ohne Nummern geht es nicht in einer Bürokratie. Das bekommen die Bürger Tag für Tag zu spüren. Doch bisweilen verliert man auch den Überblick: Was ist...

Mehr anzeigen

23:13



Vermietung: Der Teufel steckt im Detail!

21. März 2024

Wer als Vermieterin oder Vermieter durchstarten will, hat viel steuerlichen Gestaltungsspielraum. Neben dem Wertverzehr können Vermieter auch noch ein...

Mehr anzeigen

30:27



Lohnsteuer: Was soll das eigentlich mit den Steuerklassen?

22. Feb. 2024

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Lohnsteuer-Klassen zu überarbeiten. So weit so gut – aber wofür braucht es diese Kategorien eigentlich? Damit...

Mehr anzeigen

36:53



Existenzgründung: Das sind die steuerlichen Fallstricke

25. Jan. 2024

Wer ein Unternehmen gründet, hat ohnehin schon viel um die Ohren. Wer hat da schon Nerv, sich auch noch um die steuerlichen Details zu kümmern? Doch dieser...

Mehr anzeigen

43:34

Resonanz.

Die Medienlandschaft in Hamburg ist vielfältig. Regelmäßig sind wir im Print präsent, hier ist besonders das Hamburger Abendblatt hervorzuheben, dessen Chefredakteur Lars Haider auch als Gastredner auf unserem Jubiläum sprach, aber auch die Fernsehformate, wie etwa dem SAT1-Regionalfenster, dem wir oft als kompetente Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

Millionengrab HAFENMUSEUM!

Kein Steuergeld für Förderruine:
Unsere Forderung wird von vielen Medien zitiert!

Steuerzahlerbund: „Deutsches Hafensemuseum sofort stoppen“

Ostfriesen-Zeitung: „Notbremse ziehen!“, Warum der Bund der Steuerzahler das Deutsche Hafensemuseum stoppen will

marine forum: Wird das Deutsche Hafensemuseum in Hamburg ein „Milliardengrab“?

Hamburger Abendblatt: Deutsches Hafensemuseum: Steuerzahlerbund fordert sofortigen Stopp

Wieviele maritime Museen verträge Hamburg?

Mitmachen statt meckern!

www.steuerzahler.de/mitglied-werden

BdSt Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. | BdSt Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Hamburger Abendblatt

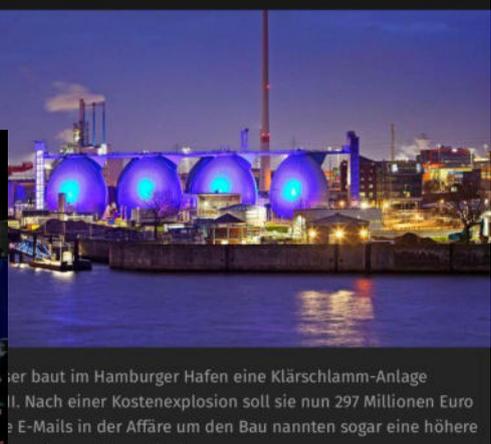
Skandal im Klärbezirk – Steuerzahler-Bund will radikalen Schritt

„VERA II“

+ Skandal im Klärbezirk: Hamburg Wasser muss Akten vorlegen

08.12.2024, 12:00 Uhr · Lesezeit: 8 Minuten

Von Christoph Rybarczyk
Chefautor



Experte zum Schwarzbuch: So wird Steuergeld verschwendet!

VON REDAKTION AM 28. OKTOBER 2024

Sascha Mummenhoff ist Geschäftsführer und Pressesprecher beim Bund der Steuerzahler. Auf die Frage, was mit Steuergeldern in Deutschland passiert, hat er eine eindeutige Antwort: »Die Vorgänge seien unglaublich«. Im Wirtschaft Talk erklärt der Experte gegenüber Wirtschaft TV Chefanchor Sascha Oliver Martin, welche Ziele der Bund der Steuerzahler mit dem jüngst veröffentlichten Schwarzbuch verfolgt und berichtet von besonders kuriosen und erschreckenden Fällen, die in dem aktuellen Werk zusammengetragen wurden.

SCHWARZBUCH.

Das alljährliche „**Schwarzbuch**“ ist und bleibt unser Flaggschiff. Im Jahr 2024 war Hamburg mit diesen sieben Fällen vertreten. Es gab 1.032 Schwarzbuch-Bestellungen.

Luxus-Tunnel für Blankeneser Kröten

Für mehr als eine halbe Mio. Euro:
Amphibienleitsystem unter einer
Fahrradstraße



Mietposse der Staatsanwaltschaft noch schlimmer als erwartet

Hamburgs Justizbehörde ist an einem
Umzug krachend gescheitert

Designer-Büro für City-Beraterin

Hamburg spendiert seiner Innenstadt-
Kordinatorin einen schicken Glaspalast.
Allein der Umbau kostete 350.000 Euro



Eine Hymne, die niemand braucht

Der Hamburger Verkehrsverbund hat trotz
Millionen-Verlusten ein fast 90.000 Euro
hohes Budget für eine EM-Hymne übrig

Hamburgs teuerstes WC ist ein Griff ins Klo

Für 2,08 Mio. Euro saniert, ist dieses
Luxus-Klo jetzt wieder ein Rohbau



Ausguck auf Augenhöhe

1,5 m hohe Plattform am Stapelfelder
Moor – vom Boden aus sieht man nicht
viel weniger

Politischer Wirrwarr sorgt für Kostenexplosion

Hamburg droht ein Brückenfiasko



Wirtschaftsdaten.

Geschäftsjahr 2024:

Im Jahr 2024 verzeichnen wir einen leichten Rückgang bei den Mitgliedszahlen. Hier veröffentlichen wir einige ausgewählte Positionen aus dem Jahresabschluss. Der Abschluss und sonstige Unterlagen können nach Absprache in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen
und sonstige:

381.714,36 Euro

Ausgaben (Auswahl):

Personalkosten zur Mitgliederbetreuung und -pflege:

148.488,97 Euro

Servicecenter/Information und Mitgliederwerbung:

25.126,68 Euro

Broschüren und Informationsmaterial (Druckwerke):

3.565,07 Euro

Versammlungen:

6.826,23 Euro

Mitgliederzeitschrift („Der Steuerzahler“/“NordBlick“):

24.518,09 Euro

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

66.855,53 Euro

Nordblick.

Unsere Mitgliederzeitung erscheint regelmäßig als Beilage im Wirtschaftsmagazin „Der Steuerzahler“. Sie wurde 2025 von „Nord-Kurier“ in „Nordblick“ umbenannt und neugestaltet. Aus Gründen der Verständlichkeit nutzen wir durchgehend den neuen Namen. Wir geben einen Einblick in unsere Arbeit, veröffentlichen Termine und berichten über wichtige Themen aus Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Alle Ausgaben aus 2024 sind Bestandteil dieses Berichts.

Impressum:

Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.

Büro: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg | Telefon: 040 330663, Mo-Fr 9- 15 Uhr |

E-Mail: mail@steuerzahler-hamburg.de

www.steuerzahler.de/hamburg

Polizeieinsätze: Die Zeche zahlt der Steuerzahler – nur warum eigentlich?

St. Pauli gegen den HSV oder Hansa Rostock gegen Schalke 04 – bei solchen Partien handelt es sich um sogenannte Hochrisikospiele. Zahlreiche Polizeibeamte sind im Einsatz, dazu viele Fahrzeuge und – zumindest in Hamburg – auch die Reiterstaffel. Die Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern erneuern nach den jüngsten Vorkommnissen ihre Forderung: Wie bereits der Landesverband Niedersachsen/Bremen plädieren wir für einen bundesweiten „Polizeikosten-Fonds“, in den die

für Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg eine eigene gesetzliche Grundlage schaffen“.

Dann könnte Bremen ein Vorbild sein: Bremen stellt der Deutschen Fußball Liga (DFL) die zusätzlichen Kosten bei sogenannten Hochrisikospiele stets in Rechnung. Die DFL reicht die Gebührenbescheide dann an Werder Bremen weiter. „Darüber hinaus schlagen wir vor, nach jedem Hochrisikospiele die Personal- und Sachkosten, die der Einsatz verursacht hat, zu veröffentlichen“, so Mummenhoff.

Mummenhoff weiter: „Es ist nicht nachzuvollziehen, warum Politik hier so deutlich auf Zeit spielt.“ Andy Grote hatte bereits 2019 gegenüber Medienvertretern eingeräumt, dass die Hansestadt einer Beteiligung der Deutschen Fußball Liga (DFL) an den Mehrkosten polizeilicher Einsätze bei Risikospiele aufgeschlossen gegenüberstehen würde. Nur geschehen ist seitdem nichts. „Wenn sich einige wenige Fans nicht benehmen können, zahlen dafür alle Steuerzahler. Das ist nicht länger hinnehmbar.“ Gleichzeitig betonen beide Landesverbände den tiefen Respekt vor der Arbeit der Polizeieinsatzkräfte, die zusätzlich und unnötig belastet werden. Hier stehen auch die Vereine mit ihrer Fanarbeit in der Pflicht. „Weniger Randalere, weniger Kosten – da hätten wir am Ende alle mehr davon.“ Übrigens geht es dem BdSt nicht nur um Fußball. „Wir sind der Auffassung, dass eine

grundsätzlich angemessene Beteiligung von gewinnorientierten Veranstaltern an den Kosten erhöhten Polizeiaufwands bei risikobehafteten Großveranstaltungen geboten ist“, so Mummenhoff.

Aber: Selbst wenn, diese Kosten auf die Vereine umgelegt werden würden, steht die Behörde von Innensenator Andy Grote (SPD) in Hamburg mutmaßlich vor einem großen Problem. Trotz wiederholter Anfragen ist man dort nicht in der Lage, konkrete Zahlen zu nennen.

Konkret wollten wir etwa wissen, wie hoch die Einsatzkosten für die Spiele in der 2. Bundesliga in der Saison 2022/23 bei den Partien des FC St. Pauli und des HSV waren. Wir haben um eine Aufschlüsselung der Kosten nach den beiden jeweiligen Vereinen und Gegnern gebeten. Die Kosten würden nicht gesondert erhoben werden, hieß es seitens der Innenbehörde. Flankiert wurde die Antwort lediglich mit einer dürftigen Senatsantwort aus dem Jahr 2018. Liegen aktuelle Zahlen wirklich nicht vor? Dann handelt es sich um ein großes Versäumnis seitens des Innensensors.

„Die Steuerzahlenden haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie hoch die Kosten für Polizeieinsätze dieser Art sind. Transparenz ist hier geboten.“, fordert Hamburgs Landesvorsitzende Petra Ackmann. „Fußball-Randalere auf Kosten der Allgemeinheit ist aus unserer Sicht nicht länger hinzunehmen. Das gilt auch für Desinteresse an den Kosten.“



Fußball-Randalere auf Kosten aller Steuerzahlenden ist nicht länger hinzunehmen.

deutschen Proficlubs regelmäßig angemessene finanzielle Beiträge für erhöhte Aufwendungen bei Hochrisikospiele einbringen sollen.

BdSt-Geschäftsführer Sascha Mummenhoff: „In der Bundesliga – ganz gleich ob 1. oder 2. Liga – geht es um einen höchst profitablen Sport mit Gewinnerzielungsabsichten – auch jenseits der Tore auf dem Platz. Deshalb sollten die Vereine sich auch an den Kosten für die Austragung ihrer Spiele beteiligen müssen.“ Dafür braucht es nun endlich eine Bundesinitiative. Eine Möglichkeit wäre ein bundesweiter „Polizeikosten-Fonds“, in den die deutschen Proficlubs finanzielle Beiträge für erhöhte Aufwendungen bei Hochrisikospiele einbringen müssen.

Erst recht jetzt, nachdem die DFL den Weg frei für Investoren gemacht hat. „Wir fordern MV-Innenminister Christian Pegel (SPD) ebenso wie Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) auf, hierzu auf Bundesebene die Initiative zu ergreifen“, so Mummenhoff. „Sollte eine bundesweite Lösung weiter hinausgezögert werden, müssen Pegel und Grote die Initiative ergreifen und

Zu Gast bei Hamburg 1

Was für eine großartige Möglichkeit, den Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. vorzustellen! Ende vergangenen Jahres waren unsere Vorsitzende Petra Ackmann und Geschäftsführer Sascha Mummenhoff zu Gast im Frühcafé von Hamburg 1. Die beiden plauderten mit Marco Ostwald und Borris York Brandt unter anderem über die Arbeit des BdSt und das Schwarzbuch.

Wer den Beitrag verpasst hat, bekommt hier nochmals die Gelegenheit:
bit.ly/3S5WIBX



Marco Ostwald (links) und Borris York Brandt (3. von links) begrüßten Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff im Studio von Hamburg 1.

Kauf des Ostseestadions: Abgesagt!

Termin bei Rostocker Oberbürgermeisterin begann mit guten Nachrichten

Ende November hat sich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern mit der Oberbürgermeisterin der Hansestadt Rostock, Eva-Maria Kröger (Die Linke) zu einem Gedankenaustausch getroffen. Die Hansestadt stand und steht beim Bund der Steuerzahler in der Kritik, bspw. für die Planungen zur Warnow-Brücke oder zum Kauf des Ostseestadions. Umso erfreulicher war dann eine Nachricht, die zu diesem Zeitpunkt brandaktuell war und von der wir vor Ort erfuhren: Der geplante Kauf des Ostseestadions durch die Hansestadt Rostock ist endgültig vom Tisch.

„Wir waren positiv überrascht, als uns Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger bei unserem Gesprächstermin die Entscheidung persönlich mitteilte“, sagt BdSt MV-Geschäftsführer Sascha Mummenhoff. Der Bund der Steuerzahler MV hatte sich vor dem Hintergrund der damit verbundenen hohen Kosten stets kritisch zu den Plänen eines Ankaufs durch die Hansestadt Rostock geäußert. Die Stadt und der Verein FC Hansa Rostock haben sich im gegenseitigen Einvernehmen von der Kaufabsicht verabschiedet.

Ganz anders sieht es mit einem anderen Großprojekt aus. Auch die Warnow-Brücke



Oberbürgermeisterin der Stadt Rostock Eva-Maria Kröger und Geschäftsführer Sascha Mummenhoff waren zum Gespräch verabredet.

stand – wie das Ostseestadion – bereits im Schwarzbuch. Allerdings halten die Stadtpolitik und das Land an diesem Projekt trotz der BUGA-Absage weiterhin fest: „Hier ha-

ben wir gegenüber der Verwaltungsspitze unsere Kritik erneuert. Viele unserer Punkte wurden sogar bestätigt, wie etwa die nicht ausreichende Abschätzung der Folgekosten zum damaligen Zeitpunkt. Die Warnow-Brücke ist aus Sicht des BdSt MV nicht notwendig. Das Geld, für Rostock fällt immerhin ein Eigenanteil von rund 9 Mio. Euro an, wird vor allem in diesen Krisenzeiten anderswo sicher mehr gebraucht. Insgesamt werden die Kosten aktuell mit 53 Mio. Euro beziffert. Zumindest hat uns die Oberbürgermeisterin versichert, dass man aus den in der Vergangenheit gemachten Fehlern lernt und nun die Planungen beschleunigt, damit die Baukosten nicht noch weiter explodieren“, erklärt Sascha Mummenhoff. Hier, so der Steuerwächter, wäre eigentlich zu fragen, weshalb das Land, das das Archäologische Landesmuseum und die Brücke nach der Absage der BUGA eng miteinander verknüpft hatte, dann den Anteil der Stadt nicht auch mitträgt. Insgesamt würde dies jedoch nichts daran ändern, dass dieses Bauwerk einfach nicht notwendig ist. Außerdem informierte sich der Bund der Steuerzahler über den Stand der Planungen zum neuen Volkstheater und die aktuelle Haushaltslage der größten Stadt im Land.

Dieser Steuersatz kennt nur eine Richtung: nach oben!

Die aktuelle Podcast-Folge von „Die Steuerklärer“ befasst sich mit der Grunderwerbsteuer

Über nahezu jeden Verkauf einer Immobilie freut sich die Stadt Hamburg, denn die Finanzbehörde verdient dank Grunderwerbsteuer mit. Seit dem 1. Januar 2023 sogar 5,5 Prozent (zuvor waren es 4,5 Prozent). Der Senat erhofft sich durch den neuen Steuersatz jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 132 Millionen Euro. Die Hintergründe der Grunderwerbsteuer sind Thema der zehnten Folge von „Die Steuerklärer“ – dem Podcast vom Bund der Steuerzahler Hamburg (BdSt).

Seit 2006 können die Länder die Steuersätze bei der Grunderwerbsteuer selbst bestimmen. Seitdem kennt dieser Steuersatz nur eine Richtung: nach oben. Mit der jüngsten Anpassung liegt Hamburg im Vergleich der Bundesländer im Mittelfeld. Die bundesweit niedrigste Grunderwerbsteuer erhebt mit 3,5 Prozent Bayern, die höchste

mit 6,5 Prozent u.a. die Länder Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In MV wurde die Grunderwerbsteuer im Zuge der Abschaffung der Straßenausbaubeteiligung von 5 auf 6 Prozent erhöht. Die Steuererhöhung in Hamburg hat der BdSt unlängst als unsozial kritisiert, denn das Wohnen wird dadurch noch teurer. Junge Familien und Menschen mit kleinem Geldbeutel werden sich künftig noch genauer überlegen müssen, ob sie in der Stadt wohnen können oder ob sie aufs Land ziehen müssen.

Petra Ackmann, Vorsitzende des BdSt Hamburg, und Geschäftsführer Sascha Mummenhoff werfen einen Blick auf die wesentlichen Fakten rund um das Thema Grunderwerbsteuer. Wann wird die Grunderwerbsteuer fällig und wer zahlt sie? Gibt es Unterschiede zwischen einem bebauten und einem unbebauten Grundstück?

Gut zu wissen: Die Grunderwerbsteuer ist eine Ländersteuer – die Einnahmen fließen somit in diese Kassen. Nach wie vor erschwert die Grunderwerbsteuer den Erwerb von Wohneigentum in Deutschland. Studien belegen, dass sich vor allem mehr Haushalte im mittleren Einkommensbereich nach einer Senkung der Grunderwerbsteuer Wohneigentum leisten könnten. Deshalb fordert der BdSt seit langem zumindest eine Steuerbefreiung beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum statt einer Freigrenze von nur 2.500 Euro.

Hier geht es zum Podcast:
anchor.fm/bdst-hh



Erfolg! Vorzeitige Tilgung beim MV-Schutzfonds

Der Landtag hat die Abwicklung des Sondervermögens beschlossen

2,85 Mrd. Euro hatte das Land dereinst für den MV-Schutzfonds zur Bewältigung der hohen Kosten durch die Pandemie veranschlagt. Von Beginn an hat der BdSt MV diese Entscheidung scharf kritisiert: Die Kreditaufnahme erschien deutlich zu hoch und auch die Auslagerung in einen eigenen Schattenhaushalt, der zunächst nahezu allein durch die damalige Regierungskoalition aus SPD und CDU kontrolliert wurde, war aus Sicht des Landesverbandes kritikwürdig. Mit der letzten Landtagssitzung des Jahres 2023 ist der MV-Schutzfonds nun Geschichte. Seine Abwicklung wurde beschlossen. Die reguläre Tilgung über 20 Jahre beginnt ab 2025. Ebenfalls beschlossen wurde jedoch auch eine vorzeitige Tilgung in Höhe von 414,7 Mio. Euro. Diese begründet das Land mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeshaushalt, das schwerwiegende Folgen hatte.

Richtigerweise ist es jedoch so, dass die Kritikerinnen und Kritiker des Schutzfonds, zu denen von Beginn an auch der BdSt MV ge-

hörte, Recht hatten und die ursprünglich aufgenommene Summe von 2,85 Mrd. Euro deutlich zu hoch war. Dass der Antrag der CDU mit Änderungsantrag der FDP auf Prüfung des MV-Schutzfonds und die verbleibenden Sondervermögen für die Universitätsmedizinen und Breitbandausbau keine Mehrheit gefunden hat, bedauern wir sehr. Immerhin stellte der Landesrechnungshof in seinem Sonderbericht zum MV-Schutzfonds schon im Sommer 2022 fest, dass die Nachtragshaushalte im Jahr 2020 sowie zumindest das Sondervermögen Universitätsmedizinen nicht verfassungskonform aufgenommen waren und bei den Maßnahmen zur Digitalisierung nur ein Bruchteil der Ausgaben überhaupt einen Bezug zur Pandemie hat. Dies alles zeigt, dass das Land die Prinzipien von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nicht ernst genug nimmt. Die Landesregierung muss, auch ohne dass dies beklagt wird, verfassungskonforme Haushalte aufstellen“, sagt Sascha Mummenhoff.

Mario Barth nimmt Hamburger Justizbehörde ins Visier

4 Mio. Euro Miete – für nichts: Hamburgs Justizbehörde entpuppt sich als Planlos-Behörde. Im Dezember thematisierte Mario Barth in seiner Sendung „Mario Barth deckt auf“ eine unglaubliche Posse, die sich gerade in Hamburg abspielt. Zurecht findet sich der Fall auch im aktuellen Schwarzbuch wieder. Aus diesem Grund kam auch BdSt-Geschäftsführer Sascha Mummenhoff zu Wort.

Hier geht es zum Schwarzbuch-Fall:
bit.ly/3RO7PZz



Hier geht es zu „Mario Barth deckt auf“:
bit.ly/3NQ9wVc



Mario Barth thematisierte in seiner Sendung die Posse um das neue Domizil der Hamburger Staatsanwaltschaft. Der Fall findet sich auch im aktuellen Schwarzbuch.

Doppelhaushalt 24/25 in Mecklenburg-Vorpommern: Keine Neuverschuldung, aber Haushaltslage bleibt angespannt

Noch im Dezember hat der Landtag den neuen Doppelhaushalt beschlossen

Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat sich im Verlauf der Haushaltsdebatte mit einer eigenen Stellungnahme in die Diskussion eingebracht und diese auch vor dem Finanzausschuss vorgetragen: bit.ly/3t1ZBKl

„Trotz Rekorderneinnahmen steht das Land blank da, dies legt die Mittelfristige Finanzplanung offen. Nur mit Mühe gelang es dem



Land für die Jahre 24/25 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, indem es tief in die Rücklagen greift. Ursache dafür sind nicht hauptsächlich die aktuellen und vergangenen Krisen, sondern vielmehr eine Politik, die langfristige Strategien und Sparwillen vermissen lässt. Zum wiederholten Male mahnen wir deshalb den konsequenten Abbau von Doppelstrukturen, die Entwicklung einer tragfähigen Personalstrategie und eine transparente Haushaltsführung an!“, erklärt BdSt MV-Geschäftsführer Sascha Mummenhoff. „Wir fordern das Land außerdem auf, sich von teuren und unnötigen Prestigeprojekten, wie etwa der Darßbahn, der Karniner Brücke, dem Ikareum, der Warnow-Brücke oder Förderungen in Millionenhöhe wie für die Pütnitz, endgültig zu verabschieden. Die Verwaltungskosten vor allem für kleinere Förderprogramme müssen mithilfe der Digitalisierung radikal reduziert werden. Überhaupt muss die Digitalisierung dringend entsprechend der gesetzlichen Vorgaben vorangetrieben werden. Das setzt gleichzeitig personelle Ressourcen frei.“ Einsparungspotential besteht darüber hinaus in den Ausgaben für externe Beratungen und die Öffentlichkeitsarbeit des Landes.

„Wir sind mehr als Schwarzbuch“ – unsere neue Kampagne



Wenn Sie uns auf Facebook, Instagram oder LinkedIn folgen, ist Ihnen vielleicht unsere neue Kampagne aufgefallen. Unter dem Motto „Wir sind mehr als Schwarzbuch“ weisen die Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern auf die vielschichtige Arbeit des BdSt hin. Hintergrund dieser Aktion ist, dass zwar unglaublich viele Menschen wissen, dass wir „die mit dem Schwarzbuch“ sind. Jedoch ist längst nicht allen bekannt, dass wir viel mehr für Steuerzahler:innen tun, als Verschwendung aufzudecken und zu kritisieren. Unter anderem bieten wir Online-Seminare an, öffentlichen Ratgeber sowie Info-Broschüren und gewähren unseren Mitgliedern Sonderkonditionen.

Dabei ist noch wichtig zu erwähnen: Wir sind keine Behörde, gehören nicht zum Finanzamt und werden nicht aus Steuergeldern finanziert! Wir sind ein komplett privat finanzierter und gemeinnütziger Verein. Das macht uns

unabhängig von der Politik. Um uns diese Unabhängigkeit bewahren zu können, sind wir auf die Unterstützung unserer Mitglieder angewiesen.

An dieser Stelle möchten wir einmal „Danke“ sagen: Social-Media-Grafiken, Flyer und Broschüren – ohne unsere Diplom Grafik-Designerin Simone Meer würden wir bestimmt ziemlich alt aussehen. Liebe Frau Meer, herzlichen Dank für Ihre großartigen Ideen und die perfekte Umsetzung. Und an Sie, liebe Leser:innen, haben wir eine große Bitte. Folgen Sie uns auf den jeweiligen Kanälen und teilen Sie bitte unsere Beiträge. Je mehr Menschen von uns lesen, desto erfolgreicher können wir wirken.

Hier finden Sie uns:

Facebook: @steuerzahlerhh

Instagram: @steuerzahlerhh

LinkedIn: @Bund der Steuerzahler Hamburg



Online-Seminare

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter:
veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Senioren und Steuern“

Referent: Martin Frömel
Donnerstag, 15. Februar 2024,
15 Uhr

„Strukturiert durch die GuV“

Referent: Arno Emmerich
Mittwoch, 21. Februar 2024,
12.30 Uhr

„Steuererklärung für Studenten“

Referentin: Sabina Büttner
Mittwoch, 28. Februar 2024,
12.30 Uhr

„Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Kapitalanlage – Was Sie darüber wissen sollten“

Referentin: Ulrike Janitz-Seemann
Mittwoch, 13. März 2024,
18 Uhr

„Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche“

Referentin: Ulrike Janitz-Seemann
Montag, 18. März 2024,
12.30 Uhr

„Ärger mit dem Finanzamt? So wehren Sie sich!“

Referent: Martin Frömel
Donnerstag, 21. März 2024,
12.30 Uhr

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de

Das Hamburger Tafelsilber darf nicht verscherbelt werden!

Bund der Steuerzahler Hamburg positioniert sich klar gegen den MSC-Deal

Beim umstrittenen Deal zwischen der Stadt Hamburg und der Reederei MSC zum Einstieg beim Hafenlogistiker HHLA ist jetzt die Bürgerschaft am Zug. Während Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) Ende Februar eindringlich um Zustimmung warb, lehnt nicht nur die Opposition den Einstieg ab. Auch der BdSt positioniert sich klar gegen den Deal.

Unsere Position lautet: „Wir sehen den gesamten MSC-Deal sehr kritisch. Das Hamburger Tafelsilber darf nicht zu Gunsten kurzfristiger finanzieller Gewinne verscherbelt werden. Wir positionieren uns klar gegen den MSC-Deal vor allem auch deswegen, weil viele Fragen nach wie vor nicht im Sinne der Steuerzahlenden vom Senat beantwortet worden sind.“

Es stellt sich die Frage, ob der Kauf ohne Strukturbewertung, Marktanalyse und Beteiligung weiterer potenzieller Interessenten überhaupt legitim ist. Da ist die Frage nach dem Kaufpreis. Wir glauben nicht, dass es richtig war, diesen vom Börsenkurs abhängig zu machen. Dies wiederum allein schon vor dem Hintergrund der Bedeutung der Metrans, dem mit Abstand größten Eisenbahnhafen in Europa. Nicht wenige Experten vermuten, dass es MSC bei dem HHLA-Deal weniger um das Umschlaggeschäft des Unternehmens auf den Containerterminals geht, sondern mehr um die Tochter Metrans, die dem Unternehmen seit Jahren satte Gewinne beschert. Und da ist die Frage nach den vielen tausend Hafearbeitern. Der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen läuft bereits nach 5 Jahren aus. Ob die versprochenen zusätzli-

chen Umschlagsmengen tatsächlich steigen werden, steht in den Sternen. Selbst wenn MSC Wort hält und erhöht, könnte dies vermutlich den Verlust durch den Rückzug anderer Reedereien nicht ausgleichen. Nebenbei: Was geschieht eigentlich, wenn MSC nicht liefert?“

Es steht außer Zweifel, dass die Stadt Hamburg in den Hafen investieren muss. Das Geld dazu sollte allerdings nicht aus einem schlechten Deal stammen. Apropos: „Der Senat sollte sich hinterfragen, wie es überhaupt zu diesem Investitionsstau kommen konnte“, so Petra Ackmann. Und es gibt noch einen weiteren Aspekt rund um den MSC-Deal: „Wir fordern erneut vollständige Transparenz, insbesondere bezüglich des MSC-Grundstücksdeals (Areal am Ericusgraben nördlich der Stockmeyerstraße und östlich des Lohseparks). Wir wollen wissen, zu welchen Konditionen die Stadt Hamburg hier ein Filetgrundstück veräußern will. Ursprünglich sollte dort die neue Zentrale der Hafenverwaltung Hamburg Port Authority (HPA) entstehen – für die schwindelerregende Summe von mehr als 100 Millionen Euro. Nach massiver Kritik sind diese Pläne zwar vom Tisch, allerdings zum Nachteil der Steuerzahler: Laut Medien-Berichten wurden für sieben Millionen Euro Architektenpläne gekauft. Rückgabe ausgeschlossen. Das Geld ist weg. Stattdessen erwarb die HPA im vorigen Jahr das ehemalige Unilever-Haus in der Hafencity – für 157 Millionen Euro. Auch dieser Deal, der im Dezember öffentlich wurde, wirft Fragen auf. Muss die Stadt wirklich für mehr als 150 Millionen Euro eine Immobilie in prominenter



MSC plant eine neue Deutschlandzentrale auf dem Grundstück am Ericusgraben nördlich der Stockmeyerstraße, östlich des Lohseparks in der zentralen Hafencity.

Lage als Behördensitz kaufen, während die Mittel für Hafen-Investitionen knapp sind? Dies unterstreicht bedauerlicherweise die Tatsache, dass dem Hamburger Senat ein fundierter Plan für die Zukunft des Hamburger Hafens fehlt.“

Hintergrund: Die Containerreederei MSC will beim Hafentreiber Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) einsteigen. Der in Genf ansässige Konzern und die Hansestadt unterzeichneten am 13. September 2023 einen verbindlichen Vorvertrag zur Gründung einer strategischen Partnerschaft. Die Stadt Hamburg und die Mediterranean Shipping Company (MSC) mit Sitz in Genf wollen die HHLA künftig als Gemeinschaftsunternehmen führen, bei dem die Stadt eine Mehrheit von 50,1 Prozent hält und MSC 49,9 Prozent. Bislang gehören der Stadt rund 70 Prozent der börsennotierten HHLA.

„Doppeltes Lottchen“ im Schwarzbuch:

Tag der Deutschen Einheit nun 2x im Schwarzbuch vertreten



Sie erinnern sich, liebe Leserinnen, liebe Leser? Die teure Einheitsparty in Hamburg schaffte es 2023 in des Schwarzbuch. In diesem Jahr ist nun Mecklenburg-Vorpommern Ausrichter dieser Feier. Und auch hier fließen die Millionen – allerdings weniger als im Hamburg, zumindest

wenn es um den festlichen Staatsakt geht. Da ist MV mit 800.000 Euro besonders sparsam. Besonders teuer ist hingegen das eigens angefertigte Landeslogo mit dem Slogan „Vereint Segel Setzen“ geworden. Kostete es in Hamburg noch knapp 37.000 Euro berappte das Nachbarbundesland fast 30.000 Euro mehr. Dies bescherte MV nun jüngst einen neuen Eintrag im Schwarzbuch, während der Hamburger Fall ein Update erhielt. Lesen Sie rein, es lohnt sich! www.schwarzbuch.de

Gemeinsam für den guten Zweck!

Die Bund der Steuerzahler-Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern laden Sie zum Hafencity-Run 2024 ein



Mit diesem extra für den BdSt entworfenen Trikot möchten wir mit unseren Mitgliedern beim Hafencity-Run an den Start gehen.

Gemeinsam mehr erreichen! Für unsere Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gilt dies schon seit einiger Zeit. Wir haben eine gemeinsame Geschäftsstelle und waren zusammen beim Tag der Deutschen Einheit in Hamburg aktiv. Eigentlich haben wir in Hamburg nur geübt, denn das Einheitsfest findet dieses Jahr vom 2. bis zum 4. Oktober in Schwerin statt und auch dort werden wir uns gemeinsam präsentieren.

Mit Freude laden wir Sie nun im Namen beider Landesverbände zum Hafencity-Run 2024 ein. Gemeinsam möchten wir am

Samstag, den 1. Juni, beim großen Firmen- und Spendenlauf über etwa vier Kilometer durch die Hafencity aktiv werden und dabei Gutes tun. Die Startgebühr von 30 Euro sowie ein eigens für diesen Lauf designtes Trikot übernehmen wir für Sie.

Worum geht es?

Pro Startnummer fließen 5 Euro in den Spendentopf zu Gunsten des Vereins „Hamburger Abendblatt hilft“. Ein wunderbarer Anlass, gemeinsam etwas für den guten Zweck zu bewegen.

Ihre Vorteile:

- ▶ Wir übernehmen die Anmeldung und den organisatorischen Teil für Sie.
- ▶ Es besteht kein sportlicher Leistungsdruck (keine Zeitnahme).
- ▶ Wir laufen als Gruppe gemeinsam los, aber das Ziel muss nicht gemeinsam erreicht werden.
- ▶ Als Teilnehmer erhalten Sie ein speziell entworfenes Trikot von clubzonedesign.
- ▶ Die Startgebühr in Höhe von 30 Euro übernehmen wir.

Teilnahmebedingungen:

Wir bitten um eine „Kautions“ in Höhe von 30 Euro, um sicherzustellen, dass diejenigen, die sich anmelden, auch teilnehmen. Dieser Betrag wird sofort nach Ihrer erfolgreichen Teilnahme erstattet.

Anmeldung:

Melden Sie sich bis zum 15. April 2024 per E-Mail an mail@steuerzahler-hamburg.de an und teilen Sie uns Ihren Namen, Adresse, Telefonnummer sowie Ihre T-Shirt-Größe mit, damit wir im einheitlichen Look auftreten können. Seien Sie schnell, da die Teilnehmer:innenanzahl begrenzt ist.

Weitere Informationen:

Eindrücke von der letzten Veranstaltung finden Sie unter www.hafencityrun.de.

Gemeinsam für den guten Zweck:

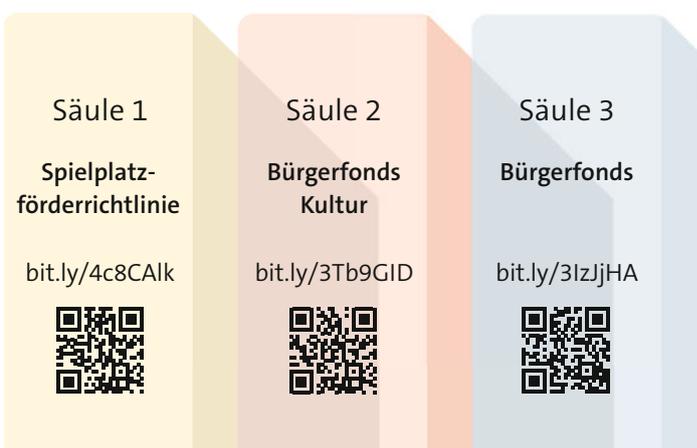
Seien Sie Teil des BdSt-Teams und setzen Sie gemeinsam mit uns ein Zeichen. Laufen Sie für den guten Zweck durch die Hafencity, knüpfen Sie Kontakte und haben Sie Spaß an dieser einzigartigen Veranstaltung.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und auf einen erfolgreichen Hafencity-Run 2024!

Erfolg: Bürgerfonds mit transparenten Vergaberichtlinien!

Mit der Errichtung des Bürgerfonds zu Jahresbeginn setzt die rot-rote Koalition in Schwerin einen Baustein des Koalitionsvertrages um. Mit 7,3 Mio. Euro jährlich will das Land nun „gemeinwohlorientierte Projekte unterstützen, die nicht durch bereits bestehende Programme abgedeckt sind“. Der Fonds besteht aus drei Säulen: Spielplatzbau und Grünanlagen, Kultur sowie gemeinwohlfördernde Projekte. Für letztere Säule stehen 5 Mio. Euro zur Verfügung. Der Bürgerfonds löst den umstrittenen und auch durch den BdSt MV viel kritisierten Strategiefonds ab. Schon im Jahr 2022 haben sich der Landesverband MV im Rahmen einer Anhörung skeptisch gegenüber den

Planungen der neuen Landesregierung geäußert. Die Auflage des Fonds zeigt nun: Unsere Kritik hat gewirkt! Die Vergaberichtlinien des Bürgerfonds sind transparent und in den jeweils fachlich zuständigen Ministerien angesiedelt!



So verschwendet Hamburg Ihr Steuergeld!

Wird in Hamburg Steuergeld verschwendet? Dieser Frage ging FOCUS Online-Redakteurin Lisa-Marie Jeschina nach und sprach dazu mit BdSt-Geschäftsführer Sascha Mummenhoff. Entstanden sind drei Videos, die jetzt online sind. Konkret geht es um die Marienbrücke in Barmbek, das Fahrradparkhaus an der Kellinghusenstraße und



BdSt-Geschäftsführer Sascha Mummenhoff stand für mehrere Focus Online-Beiträge vor der Kamera.

eine krasse Verschwendungsposse der Justizbehörde. Vor allem der katastrophale Umzugsflop der Staatsanwaltschaft macht sprachlos. Bis Februar 2024 gab es noch immer keinen konkreten Termin für den Umzug der Staatsanwaltschaft in das neue Gebäude in der Ludwig-Erhard-Straße 11-17. Wie bereits bekannt und von uns im Schwarzbuch kritisiert, zahlt die Stadt seit dem 1. September 2022 eine „Nutzungsausfallentschädigung“ in Höhe von monatlich 392.533,08 Euro. Bis Februar 2024 ka-

men so bereits fast 6,7 Mio. Euro zusammen Und es geht noch noch schlimmer: Die zuständige Pressestelle teilte mit, dass der Umzug, „der sukzessive in mehreren Ab-

schnitten geplant werden muss, ab dem kommenden Frühjahr starten wird“. Das bedeutet, die Hamburger Steuerzahler kommen weiterhin jeden Monat dafür auf, dass es der Justizbehörde offensichtlich nicht möglich ist, einen Umzug vernünftig zu planen. Niemand, der

mit seinem eigenen Geld gerade stehen müsste, würde ein Gebäude anmieten und dafür bezahlen, in das er erst nach zwei Jahren einziehen kann. Zur Erinnerung: Parallel zahlt die Stadt weiterhin Miete für die aktuell tatsächlich genutzten Gebäude. Übrigens: Der Mietvertrag wurde laut der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz bereits im Dezember 2019 unterschrieben. Wie viel Zeit braucht man denn bitte in Hamburgs Behörden, um einen Umzug zu planen und durchzuführen?“

Video zur Sinnlos-Brücke in Barmbek:

bit.ly/49IPvIz



Video zum Fahrradparkhaus Kellinghusenstraße:

bit.ly/48TNAjv



So planlos ist die Justizbehörde:

bit.ly/49OKIWK



Bezahlkarte für Asylsuchende

Alle Bundesländer haben sich entschieden, Menschen, die auf der Flucht nach Deutschland gekommen sind und sich hier in einem Asylverfahren befinden, an Stelle der bisherigen Bargeldleistungen künftig eine Bezahlkarte auf Guthabenbasis zur Verfügung zu stellen. In Mecklenburg-Vorpommern betrifft dies zurzeit rund 11.100 Menschen, in Hamburg etwa 13.800. Während Hamburg sich mit 13 weiteren Ländern einem bundesweiten Ausschreibungs- und Vergabeverfahren angeschlossen hat, geht Mecklenburg-Vorpommern einen eigenen Weg und schreibt selbst aus. Dies begründet das Land auf Nachfrage damit „nicht auf alle Interessen einzelner Bundesländer Rücksicht nehmen zu müssen und stattdessen die besonderen Bedürfnisse der Landkreise und kreisfreien Städte von MV zu berücksichtigen“. Offenbar erhoffte man sich damit eine besonders schnelle Umsetzung. Die, so das Land weiter, „nicht zu Mehrkosten gegenüber der gemeinsamen Beschaffung mehrerer Bundesländer“ führen soll. Ob es an dem ist, lässt sich zurzeit nicht prüfen. Fakt ist aber: Im Rahmen eines Modellprojekts hat Hamburg die Karte bereits an die ersten Asylsuchenden ausgegeben.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de



Online-Seminare

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter: veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Guter Nachbar – Böser Nachbar: Selbsthilferecht und Unterlassungsansprüche im Überblick“

Referent: Ralf Schönfeld
Dienstag, 09. April 2024,
12.30 Uhr

„Einführung in den Datenschutz nach DSGVO“

Referentin: Corina Payrhuber
Dienstag, 16. April 2024,
12.30 Uhr

„Steuervereinfachung und steuerpolitische Vorschläge“

Referent: Hans-Ulrich Liebern
Dienstag, 23. April 2024,
12.30 Uhr

„Strukturiert durch die Bilanz – Prüfen und Interpretieren leicht gemacht“

Referent: Arno Emmerich
Mittwoch, 8. Mai 2024,
12.30 Uhr

„Steuertipps für Eigentümer und Vermieter“

Referent: Ralf Schönfeld
Donnerstag, 16. Mai 2024,
12.30 Uhr

„Erfolgreich Förderprogramme nutzen: Was Sie wissen sollten!“

Referent: Jens Amman
Donnerstag, 23. Mai 2024,
12.30 Uhr

Ausgezeichnet!

Präsident Reiner Holznapel erhielt „Großen Preis der Wirtschaft 2024“

Es war Ende Februar 2023, da erreichte den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern eine Anfrage zu einem Vortrag von Präsident Reiner Holznapel auf dem Unternehmertag 2024 des Unternehmerverbandes Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin. Ein Blick in den gut gefüllten Terminkalender von Reiner Holznapel zeigt auch bei einer so langfristiger Anfrage: Das wird nichts, alles ausgebucht! Wir bieten an, jemand anderes für den Vortrag zur Verfügung zu stellen. Ein Telefonat bringt ans Licht: Der Präsident müsste schon persönlich kommen, denn er soll eine Auszeichnung erhalten – und davon im Vorfeld selbst nichts erfahren. Gemeinsam mit dem Büro in Berlin gingen wir in die Planung. Über ein Jahr später war es am 10. April nun soweit: Reiner Holznapel wurde mit dem „Großen Preis der Wirtschaft 2024“ ausgezeichnet und wusste bis zur Laudatio nichts davon. Auf dem Unternehmertag in Schwerin hielt der Präsident daher zunächst einen gewohnt unterhaltsamen Vortrag „zur Lage der Nation“ in Sachen Steuereinnahmen, -ausgaben und Verschwendung von Steuergeld. Fazit: Wir ha-

ben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem! Der geplante Neubau des Bundeskanzleramtes, den Reiner Holznapel auf etwa 1 Mrd. Kosten schätzt, ist nur eines der Beispiele, die der Präsident nutzte, um dem Publikum plastisch vor Augen zu führen, wie Steuergeld verschwendet wird. Auch der XXL-Bundestag kam zur Sprache, wie auch das Steuersystem, das mit seiner kalten Progression insbesondere die mittleren Einkommen belastet. Ebenso ging er auf die geäußerten Sorgen der Wirtschaft vor Ort ein, die darüber sprachen, wie lähmend und kostenintensiv die deutsche Bürokratie sein kann.

Nicht im offiziellen Programm stand die Preisverleihung, die nach seinem Vortrag stattfand. Der Ehrenpräsident des Unternehmerverbandes, Rolf Paukstat, hielt die Laudatio. Im Anschluss kam es zu zahlreichen guten Gesprächen. Der Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin vergibt seit über 15 Jahren den „Großen Preis der Wirtschaft“ an Personen oder Institutionen, die sich in herausragender Weise um die Förderung der Wirtschaft und der Region ver-



Überraschung gelungen – Preisverleihung in Schwerin: v.l.n.r. Rolf Paukstat, Reiner Holznapel, Pamela Buggenhagen (Geschäftsführerin Unternehmerverband), Matthias Kunze (Präsident Unternehmerverband)

dient gemacht haben. Mit dieser Preisverleihung will man nun Reiner Holznapel persönlich, aber auch dem Bund der Steuerzahler „den Dank der Wirtschaft“ für die geleistete Arbeit ausdrücken. Wir sagen: Die Überraschung ist gelungen, vielen Dank für die Ehrung! Mit unserer Arbeit wollen wir uns dieser Auszeichnung auch weiterhin würdig erweisen.

Exklusive DESY-Besichtigung – Jetzt anmelden!



Am 13. Juli können BdSt-Mitglieder einen exklusiven Blick hinter die Kulissen von DESY in Hamburg Bahrenfeld werfen.

Der BdSt Hamburg freut sich sehr, seinen Mitgliedern eine ganz besondere Einladung übermitteln zu dürfen.

Am Samstag, 13. Juli 2024, um 10 Uhr erhalten 40 Mitglieder die Möglichkeit, im Zuge einer etwa dreistündigen Führung einen exklusiven Blick hinter die Kulissen von

DESY in Hamburg-Bahrenfeld (Notkestraße) zu werfen. DESY zählt zu den weltweit führenden Beschleunigerzentren. Mit den DESY-Großgeräten erkunden Forscherinnen und Forscher den Mikrokosmos in seiner ganzen Vielfalt - vom Wechselspiel kleinster Elementarteilchen über das Verhalten neuartiger Nanowerkstoffe bis hin zu jenen lebenswichtigen Prozessen, die zwischen Biomolekülen ablaufen. Damit ist DESY nicht nur ein Magnet für jährlich mehr als 3.000 internationale Forschende aus über 40 Nationen, sondern auch gefragter Partner in nationalen und internationalen Kooperationen.

Im Zuge der Besichtigung erhalten die Teilnehmenden zunächst allgemeine Informationen. Danach geht es in die Experimentierhallen, in denen sie einen Eindruck von der Forschungsarbeit gewinnen können. „Wir freuen uns über die Möglichkeit, DESY

mit seinen großen Potenzialen für Wissenschaft und Innovation dem Bund der Steuerzahler vorstellen zu können“, sagt Christian Harringa (Administrativer Direktor bei DESY).

Sie wollen dabei sein? Ihre Anmeldung richten Interessenten bitte an unsere Mitarbeiterin Stefanie Janz. Sie ist via E-Mail an mail@steuerzahler-hamburg.de zu erreichen. Anmeldungen sind ausschließlich via E-Mail möglich. Bitte sehen Sie von Nachfragen ab. Wir werden die Teilnehmer rechtzeitig informieren. Anmeldeschluss ist am Freitag, 15. Juni 2024.

Übrigens: Sie haben Lust, Ihr Unternehmen unseren Mitgliedern im Zuge einer Veranstaltung beziehungsweise Führung vorzustellen: Dann sprechen Sie gern Geschäftsführer Sascha Mummenhoff an. Er ist am besten via E-Mail an mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de oder telefonisch unter 040-330663 zu erreichen.

Ab dieser Gehaltsgrenze wird's für Studenten richtig teuer!

Wer das Studium beginnt, hat viel um die Ohren. Umziehen, neue Leute kennen lernen, an der Uni orientieren und natürlich oft auch: Einen Job suchen. Doch wer dann einfach munter drauflos arbeitet, der kann später ein böses Erwachen erleben, wie Petra Ackmann, Vorsitzende vom Bund der Steuerzahler Hamburg, in der neuen Podcast-Folge von „Die Steuerklärer“ berichtet. Gemeinsam mit Geschäftsführer Sascha Mummenhoff gibt sie hilfreiche Tipps für Studentinnen und Studenten, die sich ein paar Euro hinzuverdienen wollen.

505 Euro: Das ist aktuell die Grenze, die für Studierende eine entscheidende Bedeutung hat. Denn bis zu dieser Schwelle darf ohne weiteres hinzuverdient werden. Steuerrechtlich sowieso, denn dieser Betrag ist noch weit von der Obergrenze des Existenzminimums entfernt. Aber auch aus Sozialversicherungs-Sicht. „Denn nur, wer diese

Marke nicht überschreitet, kann nach wie vor bei den Eltern in der Krankenversicherung bleiben. Man sollte sich also gut überlegen, ob man über diese Schwelle geht, weil dann spürbare Zusatzkosten für die Eigenversicherung entstehen“, erklärt Petra Ackmann.

Aber das „normale“ Arbeiten ist lediglich eine von vielen Einkommensarten, mit denen Studierende ihr Budget aufbessern können. Manche beziehen beispielsweise BAföG. Muss das eigentlich versteuert werden? Und was ist mit den Einkünften aus Pflichtpraktika? „Ebenso spannend ist die Frage nach der Regelung bei Stipendien, denn hier kommt es ganz darauf an, weshalb die Förderung zugesprochen wurde“, sagt Geschäftsführer Sascha Mummenhoff. Auch für den Sonderfall eines Auslandssemesters wissen die beiden Rat, ebenso wie bei der Frage: Kann ich Studienausgaben

als Werbungskosten absetzen? Immerhin dienen sie ja der späteren Berufstätigkeit ...

Hier geht es zum Podcast: anchor.fm/bdst-hh



Der BdSt-Podcast „Die Steuerklärer“ ist auf allen gängigen Plattformen wie Apple Podcast, Spotify, Amazon Music oder Google Podcasts erhältlich. In der Mediathek finden sich auch die ersten 14 Podcast-Folgen. Während es zum Auftakt um das Jubiläum des Schwarzbuchs mit vielen Hamburger Verschwendungsfällen ging, thematisierte der BdSt in weiteren Folgen die Grundsteuerreform, die Themen Umsatz- sowie Gewerbesteuer und die Abgabe der eigenen Steuererklärung.

Kein Fall fürs Schwarzbuch: Weg vom Leasing hin zum Kauf

Uns erreichte ein Hinweis, dass man in Schwerin plane, die Computertechnik der Stadtverwaltung bei künftigen Anschaffungen nicht mehr zu leasen, sondern über den kommunalen Dienstleister zu kaufen. Soll das wirklich günstiger sein? „Ja“, sagt die Verwaltung – und „Ja!“ sagen auch wir nach Recherche bei den Verantwortlichen. Sowohl für Leasing als auch für einen Kauf kann es gute Gründe geben. Die Dauer der Nutzungszeit von Computertechnik ist in der Verwaltung höher, es erfolgte eine einheitliche Bewirtschaftung und durch den Kauf über einen kommunalen Dienstleister, dem auch weitere Trägerkommunen angehören, können über

die Menge Einsparungen beim Einkauf erzielt werden. Ein Fall von Steuergeldverschwendung liegt aus unserer Sicht deshalb hier nicht vor. Wichtig: Wir recherchieren zu allen Hinweisen, die uns erreichen sehr sorgfältig. Manchmal dauert das ein bisschen länger. Nicht immer ist man den Verwaltungen und Ministerien erfreut, wenn eine Anfrage vom Bund der Steuerzahler kommt. Allerdings wird auch nicht aus jedem Hinweis ein Fall, wie hier ersichtlich ist. Gerne können auch Sie uns ihre Hinweise schicken! Die Adresse dafür lautet: presse@steuerzahler-mv.de.

Unsere Schwarzbuchfälle finden Sie unter: www.schwarzbuch.de

Mit dem BdSt nach Berlin

Das waren zwei gelungene Tage! 44 Hamburger BdSt-Mitglieder nahmen auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Michael Kruse (FDP) am Besucherprogramm des Bundestags in Berlin teil. Stationen waren unter anderem

der Bundesrat, der Bundestag (mit Besuch einer Plenarsitzung und der Reichstagskuppel) und das Verteidigungsministerium.

Kruse – er ist energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion – nahm sich Zeit, die Teilnehmer über seine Arbeit als Abgeordneter zu informieren. In dem Gespräch unterstrich er die Bedeutung des BdSt.



Michael Kruse begrüßte 44 Mitglieder des BdSt Hamburg.

Es sei wichtig, dass es eine Institution wie den Steuerzahlerbund gibt, der die Interessen aller Steuerzahler vertritt. Außerdem ging es um die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen, überbordende Bürokratie und Fachkräftezuwanderung für den Mittelstand. Wir danken Michael Kruse für die Möglichkeit, unseren Mitgliedern so ein nachhaltiges Erlebnis bieten zu dürfen.



Jürgen Nielsen, der stellvertretende Vorsitzende des BdSt Hamburg, dankte Michael Kruse für die Einladung nach Berlin.

Kein gutes Signal: Übernachtungssteuer ausgeweitet

Zum 1. April hat die Landeshauptstadt Schwerin die Übernachtungssteuer auf Dienstreisen ausgeweitet. Der Landesverband MV hat sich dazu kritisch geäußert. So erklärte Geschäftsführer Sascha Mummenhoff gegenüber der Presse: „Hier werden die Falschen belastet! Die Bettensteuer – wie auch die Tourismusabgaben – belasten Verbraucher und Betriebe durch höhere Preise und Bürokratie. Gerade wegen der Schwierigkeiten im Tourismus sollten Städte und Gemeinden die Bettensteuer und Tourismusabgaben eher abschaffen, anstatt sie auszuweiten oder zu erhöhen. Dass die Stadt Schwerin nun ausgerechnet in dem Jahr, in dem sie aufgrund des Einheitsfestes im Oktober vermutlich mit deutlich mehr Gästen, darunter auch zahlreichen Geschäftsreisen, rechnet, die Bettensteuer ausweitet, mutet seltsam an. Es stellt sich die Frage, ob hier die Gunst der Stunde genutzt werden soll, um Kasse zu machen. Schlimm, dass die Schweriner Politik vor so einer Abzocke nicht zurückschreckt.“ Schwerin unterliegt der Haushaltskonsolidierung. Insofern muss die Stadt nicht nur sparen, sondern auch bemüht sein, Mehreinnahmen zu generieren. Da fallen die rund 300.000 Euro zusätzliche Steuereinnahmen, die für die Ausweitung der Bettensteuer veranschlagt werden, durchaus ins Gewicht. „Das ist allerdings auch ungefähr die Summe, die die Stadt sich jährlich für einen dritten Beigeordneten leistet. Ein Posten, der aus unserer Sicht nur aus Gründen des politischen Proporz vergeben wurde und hätte gespart werden können. Wir mahnen deshalb erneut eine sparsame Haushaltsführung an. Dann müssten Unternehmen jetzt vielleicht nicht zusätzlich belastet werden“, sagte Sascha Mummenhoff.



Hier geht es zum Beitrag:
bit.ly/3K3ir3o



Der BdSt Hamburg wird 75 Jahre alt

Das kann sich sehen lassen! Der Bund der Steuerzahler Hamburg wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Damit gehören wir Hamburger zu den ältesten Landesverbänden des BdSt. Wir möchten dies mit unseren Mitgliedern sowie Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft feiern. Und zwar am Donnerstag, 17. Oktober, im Penthouse Elb-Panorama. Genießen Sie nicht nur einen atemberaubenden Blick über Hamburg, sondern auch gute Gespräche, Musik und Essen.

Wir freuen uns zudem ganz besonders, dass Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), Abendblatt-Chefredakteur Lars Haider und BdSt-Präsident Reiner Holzengel Grußworte sprechen werden. Die offizielle Einladung mit den Anmeldeformalitäten folgt demnächst. Bitte halten Sie sich den Termin aber schon jetzt frei.

Dünnhäutige Justizsenatorin lässt jegliche Selbstkritik vermissen

Als „unseriöse Quelle“ bezeichnete jüngst Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) den Bund der Steuerzahler in einem Beitrag des NDR. Dabei zitierte der BdSt lediglich die Zahlen, die die Pressestelle von Frau Gallina auf Nachfrage herausgegeben hatte. Folgerichtig müsste das ja dann bedeuten, Hamburgs Justizbehörde wäre unseriös. Zumindest aus Sicht der Senatorin. Ob



Im NDR sprach Sascha Mummenhoff, Geschäftsführer der BdSt-Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, über die Anmietungsposse der Hamburger Staatsanwaltschaft.

diese Botschaft den Mitarbeitern in der Justizbehörde gefallen hat? Doch worum geht es eigentlich? Die Staatsanwaltschaft soll in ein schickes Gebäude im Michaelis-Quartier am Michel einziehen. Der Mietvertrag wurde bereits im Dezember 2019 unterschrieben. Seit September 2022 zahlt die Stadt Hamburg Miete – fast 400.000 Euro Monat für Monat. Das hat sich mittlerweile auf fast acht Millionen Euro summiert. Steuergeld! Doch noch immer gibt es keinen verbindlichen Umzugstermin.

Über diesen speziellen Justizskandal berichteten verschiedene Medien, nachdem es der Fall bereits in das aktuelle Schwarzbuch geschafft hatte. Zuletzt griff der NDR das Thema auf – unter anderem im Hamburg Journal. Senatorin Gallina schmeckte die Kritik offensichtlich gar nicht. Statt eigene Fehler einzuräumen, unterstellte sie dem BdSt „keine Ahnung zu haben“.

Übrigens: Selbst wenn der Umzug jemals noch realisiert werden sollte, günstiger wird es für den Steuerzahler nicht. Die Mietkosten

steigen von bisher rund vier Millionen auf zu nächst sieben Millionen Euro pro Jahr. Dauerhaft wird es mehr als eine Million pro Jahr teurer. Und bevor Frau Gallina wieder die Fakten anzweifelt: Auch diese Zahlen stammen aus ihrem Haus. Laut Informationen des Abendblatts kommt es aber noch schlimmer. Die Zeitung berichtete jetzt, dass grundsätzlich die Stadt den technischen Gebäudebetrieb „mit eigenem Personal und auf eigene Kosten“ übernehmen sollte. Doch was das genau bedeutet, war offensichtlich nicht eindeutig im Mietvertrag geklärt, denn es bestand „Uneinigkeit zwischen den Mietparteien bezüglich der Verantwortlichkeit für einzelne technische Anlagen“, wie es in der Drucksache heißt.



Mit ihrer Kritik am Bund der Steuerzahler hat es Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) in die Tagespresse geschafft.

Im Ergebnis muss die Stadt nun mehr Betriebskosten übernehmen. Da die Justizbehörde die Arbeiten aufgrund fehlender Kapazitäten nicht selbst ausführen kann, übernimmt das der Vermieter. Dadurch erhöht sich die Miete von 392.530 Euro um 46.120 Euro monatlich rückwirkend vom 1. Januar 2024 an.



Hamburg: Einladung Mitgliederversammlung 2024

Der Vorstand des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V. lädt die Mitglieder des Landesverbandes zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2024 ein.

Sie findet statt am Dienstag, 16. Juli 2024, um 18.30 Uhr.

Ort: Geschäftsstelle des BdSt Hamburg (Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg)

Tagesordnung zur Mitgliederversammlung 2024

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Bericht über das Geschäftsjahr 2023 2. Vorlage der Jahresrechnung 2023 3. Entlastung des Vorstands und des Verwaltungsrats 4. Wahlen <ol style="list-style-type: none"> a. Vorstand b. Verwaltungsrat c. Kassenprüfer 5. Schwerpunktthemen 2024/25 (Veranstaltungen und Projekte) 6. Genehmigung des Jahresvoranschlags 7. Auftrag zur Prüfung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern 8. Verschiedenes | <p>in der Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus.</p> <p>Um Anmeldung sowohl zur Mitgliederversammlung als auch zur Einsichtnahme in die vorbereitenden Unterlagen wird aus organisatorischen Gründen gebeten (Telefon: 040 - 33 06 63 oder mail@steuerzahler-hamburg.de). Sie haben auch die Möglichkeit, Ihre Stimmen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung schriftlich abzugeben.</p> <p>Der Jahresrückblick 2023 des Hamburger Steuerzahlerbundes kann Ihnen auf Wunsch ab dem 1. Juli als PDF-Datei zur Verfügung gestellt werden.</p> |
|---|---|

Alle **vorbereitenden Unterlagen** zur Mitgliederversammlung liegen ab dem 1. Juli (werktags zwischen 9 und 15 Uhr)

Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.
Ferdinandstraße 36
20095 Hamburg

Online-Seminare

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt. Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter: veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Bewertung des Grundvermögens“

Referentin: Sabina Büttner
 Montag, 10. Juni 2024, 12.30 Uhr

„Förderprogramme – Ausgewählte Möglichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen“

Referent: Jens Ammann
 Donnerstag, 13. Juni 2024, 12.30 Uhr

„Erben und Vererben (Teil 1) – Einführung ins Erbrecht“

Referent: Martin Frömel
 Donnerstag, 25. Juli 2024, 12.30 Uhr

„Erben und Vererben (Teil 2) - Erbschaftsteuer für Privatpersonen“

Referent: Martin Frömel
 Mittwoch, 31. Juli 2024, 12.30 Uhr

Keine gute Idee ... die Erhöhung der Grunderwerbsteuer vor fünf Jahren

Wer schon einmal ein Grundstück - mit oder ohne Haus darauf - gekauft hat, kennt das: Zunächst hält der Fiskus die Hand auf. Seit 1. Juli 2019 müssen in MV sechs Prozent des Kaufpreises vom Grundstück an das Finanzamt abgeführt werden.

Vor fünf Jahren wurde die Steuer im Land um einen Prozentpunkt angehoben, denn zeitgleich entbrannte eine Diskussion um hohe Straßenausbaubeiträge für Grundstückseigentümer:innen. Die Landesregierung schaffte die private Beteiligung an der Straßenerneuerung letztlich ab und nutzte die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zur Gegenfinanzierung dieser Maßnahme. 30 Mio. Euro sollten zusätzlich in die Kassen fließen, doch es wurden bis zu 100 Mio. Euro mehr! Gut für den stets knappen Landeshaushalt, schlecht für alle, die mit durchschnittlichen Einkommen Wohneigentum für ihre Familie erwerben wollen. Eine Anfrage beim Finanzministerium zeigt jetzt, dass aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und der Zinsentwicklung schon im vergangenen Jahr die Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer deutlich zurückgegangen sind und auch weiter sinken. Diese Entwicklung macht deut-

lich, dass Maßnahmen wie die Erhöhung einer Steuer zur Refinanzierung von Wahlgeschenken nicht die beste Idee ist. Bundesweit liegen die Steuersätze für die Grunderwerbsteuer zwischen 3,5 und 6,5 Prozent. Deutschland hat im europäischen Vergleich eine der niedrigsten Eigentumsquoten. Eine Ursache dafür ist aus Sicht von Forschenden die hohe Grunderwerbsteuer. Dabei gilt gerade Wohneigentum als stabile Vorsorge für das Alter. Der Bund der Steuerzahler setzt sich deshalb für den Verzicht auf diese Steuer beim Ersterwerb von Immobilien ein.

Jahr	Einnahmen Grunderwerbsteuer
2017	193,2 Mio. Euro
2018	209,2 Mio. Euro
2019	237,2 Mio. Euro
2020	270,1 Mio. Euro
2021	313,7 Mio. Euro
2022	313,1 Mio. Euro
2023	230,9 Mio. Euro

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de

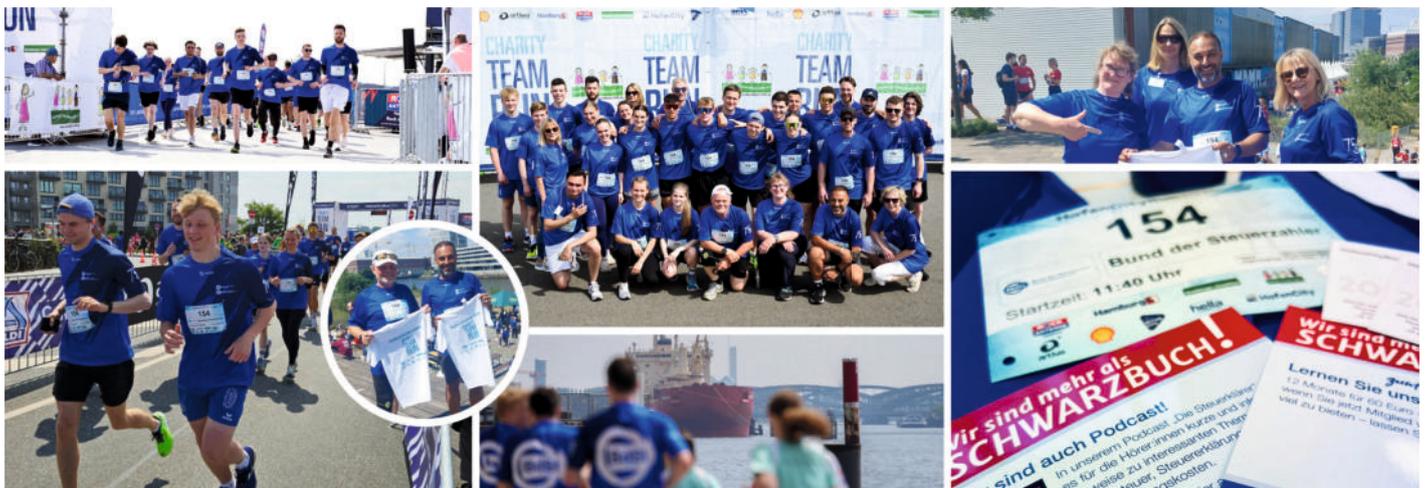
Gemeinsam für den guten Zweck!

Team des BdSt Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern startet zum ersten Mal beim HafenCity-Run

Das war ein voller Erfolg. 17.000 Läufer, verteilt auf mehr als 500 Teams, gingen Anfang Juni beim HafenCity-Run an den Start. Zum ersten Mal dabei waren mit 30 Teilnehmern auch die BdSt Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. „Viele kennen vor allem unser Schwarzbuch, in dem wir Verschwendungsfälle thematisieren“, sagt Petra Ackmann, Vorsitzende des BdSt Hamburg. „Dass wir ein Verein sind, in dem jeder Mitglied werden kann, ist nicht allen bekannt. Das war heute eine gute Möglichkeit, auf unsere Arbeit hinzuweisen.“ Knud Bernitz, Vorsitzender des BdSt Mecklenburg-Vorpommern, ging mit an den Start und freute sich, dass auch viele Mitglieder aus Schwerin nach Hamburg gekommen waren, um an der Laufveranstaltung teilzunehmen. „Es ist gut, dass es solche Veranstaltungen gibt“, sagt Sascha Mummenhoff, Geschäftsführer der beiden Landesverbände. „Der HafenCity-Run zeigt, wie viele Ver-

eine, Verbände und Unternehmen in Hamburg zu Hause sind. Das ist beeindruckend. Darüber hinaus freuen wir uns, die großartige Arbeit von „Hamburger Abendblatt hilft“, dem Charity-Partner des Laufs, zu unterstützen. Der Verein hilft bedürftigen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen sowie Menschen mit Behinderung in der Metropolregion Hamburg. Bevor es allerdings auf die Strecke ging, standen Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff noch für Hamburg 1 vor der Kamera. Live sprachen die beiden über das Engagement des BdSt. Ein besonderes Lob gab es für den BdSt dann direkt vor dem Start. Moderator Lou Richter berichtete, dass der BdSt einen Verschwendungsfall quasi direkt vor seiner Haustür aufgedeckt hatte. „Gut, dass es euch gibt“, rief er dem BdSt-Team zu. Übrigens: Das Ergebnis des Laufs kann sich sehen lassen: Fast 90.000 Euro sind für den Verein „Hamburger Abendblatt hilft“ zu-

sammengekommen. Wenn unsere Mitglieder Lust haben, dann sind wir auch 2025 wieder dabei. Bilder sagen bekanntlich mehr als 1.000 Worte. Daher teilen wir hier gern das Highlight-Video des Veranstalters. Wer genau hinschaut, entdeckt sogar ein BdSt-Shirt (nochmals danke an www.clubzonedesign.com für das Design). Hier geht es zum Video: bit.ly/3L2PDbK Der kurze Interview-Abstecher von Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff bei Hamburg 1 und Moderator Nico Pommerenke im Zuge des HafenCity-Runs ist noch bei Youtube zu sehen. Wer möchte, kann den Beitrag über unsere YouTube-Playlist aufrufen. Hier der Link: bit.ly/4cuxPSy Wir kommen bei 2:11:52 ins Spiel. Und auch unser Start ist zu sehen – inklusive Top-Anmoderation von Lou Richter – 2:46:09.



Schwarzbuch-Recherchen: Landesregierung zögert mit Auskünften

Auch in diesem Jahr starteten die Recherchen für das neue „Schwarzbuch“ des Bundes der Steuerzahler lange, bevor unser „Flagschiff“ im Herbst in gedruckter Form erscheint. Regelmäßig erhalten wir auch von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, Hinweise zu möglichen Fällen von Steuergeldverschwendung. „Mal wird eine Straße zum wiederholten Male aufgerissen, mal geht es um Verkehrsanlagen oder um teure Anschaffungen. Die Palette ist bunt. Wir gehen allen Fällen sorgfältig nach“, verspricht Landesgeschäftsführer Sascha Mummenhoff. Wie das funktioniert, erklärt er auch: „Wir recherchieren nach journalistischen

Standards, sehen uns die Verwaltungunterlagen an, fragen bei den Behörden nach, treffen uns mit den Hinweisgebenden vor Ort. Nicht immer sind alle froh, wenn der Bund der Steuerzahler an die Tür klopft.“ In der jüngeren Vergangenheit scheint dies in besonderem Maße auf einige Teile der Landesregierung zuzutreffen: „Wir haben u.a. die Ministerpräsidentin zu ihrer Wahlwerbung mit Schokoladen-Osterhasen in Schweriner Kitas mehrfach auf verschiedenen Wegen angefragt. Wir wollen wissen, ob hierfür Steuergeld eingesetzt wurde. Eine Antwort bleibt Frau Schwesig uns dazu bis heute schuldig. Auf wenig Gegenliebe

stoßen auch unsere Anfragen zur Gazprom-Klimastiftung. Ein Fall, den wir bereits im Schwarzbuch haben und den wir ständig aktualisieren. Zuletzt auch hier: lautes Schweigen aus der Schweriner Staatskanzlei. Erklären lässt sich das nicht“, sagt Sascha Mummenhoff und fordert die Landesregierung zur Transparenz auf. Bürgerinnen und Bürger, die Hinweise einreichen wollen, können dies jederzeit tun. Unter www.schwarzbuch.de finden sich die entsprechenden Kontaktdaten, neue Fälle erscheinen unterjährig auch online. Das neue „Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung“ erscheint im Oktober dieses Jahres.

Die GmbH als Steuerspar-Modell nutzen? Lieber nicht!

Die GmbH ist eine der am stärksten verbreiteten Unternehmensformen in Deutschland. Kein Wunder: Mit ihr kann sich der Inhaber bei einer Pleite vor persönlicher Haftung schützen. Und manch einer denkt, dass er damit dem Fiskus ein Schnippchen schlagen kann. Aber stimmt das? Diese und andere Fragen rund um das Thema GmbH beleuchtet Petra Ackmann, Vorsitzende vom Bund der Steuerzahler in Hamburg, in der aktuellen Folge des Podcasts „Die Steuerklärer“. Ihr zur Seite steht wie immer Geschäftsführer Sascha Mummenhoff.

Nur 15 Prozent Steuer auf den Gewinn einer GmbH? Das klingt für viele Unternehmer zunächst einmal verlockend. Da ist es auch verschmerzbar, dass mindestens 25.000 Euro als Stammkapital hinterlegt werden müssen. Doch ganz so einfach – beziehungsweise so günstig – ist es dann doch nicht. „Bei GmbHs kommt noch die Gewerbesteuer der jeweiligen Kommune hinzu, ebenso wie der Soli. Und wer das Geld dann an die Gesellschafter ausschütten will, muss auch noch 25 Prozent Kapitalertragssteuer hinzurechnen, so dass man am Ende eigentlich immer in der steuerlichen Größenordnung eines Einzelunternehmers landet“, erklärt Petra Ackmann. Aber sie hat auch eine gute Nachricht für angehende GmbH-Gründer und räumt damit mit einem weit verbreiteten Irrtum auf: Das Stammkapital der GmbH liegt nicht einfach „tot“ auf dem Konto, sondern es darf verwendet werden, um den Zahlungsverpflichtungen der Firma nachzukommen, also beispielsweise für Büromiete



Erklären, wann sich die Gründung einer GmbH lohnt und welche steuerlichen Besonderheiten sie mit sich bringt: Petra Ackmann (Vorsitzende des BdSt Hamburg) und Geschäftsführer Sascha Mummenhoff.

oder Mitarbeitergehälter. Übrigens: Wer das Stammkapital von 25.000 Euro nicht stemmen kann, aber trotzdem unbedingt eine GmbH gründen will, kann seit einigen Jahren einen weiteren Weg einschlagen und einfach eine haftungsbeschränkte UG aus der Taufe heben. Hier kann das Stammkapital langsam aufgebaut werden, indem jährlich ein festgelegter Anteil des Gewinns abgezweigt wird. Ist die Schwelle von 25.000 Euro erreicht, wird die UG einfach in eine GmbH umgewandelt. All diese Aspekte beleuchtet Petra Ackmann gemeinsam mit Geschäftsführer Sascha Mummenhoff ausführlich. Zudem verrät sie, warum es sinnvoll sein kann, deutlich mehr als die verpflichtenden 25.000 Euro als Stammkapital zu hinterlegen. Und obendrein hat sie einen Tipp für alle Gründungswilligen dabei: „Ich kann zwar verstehen, dass man als Gründer sofort loslegen will, aber es lohnt sich wirklich, zuvor ein bisschen über die richtige Gesellschaftsform nachzudenken. Ein nachträglicher Wechsel ist nämlich aufwändig und kompliziert“, so die gelernte Steuerberaterin.

Hier geht es zum Podcast:
anchor.fm/bdst-hh



Fördermittelbescheide vor der Wahl – Ein Schelm, der Böses dabei denkt

Auch wenn der Wahlkampf nun vorbei ist, wollen wir noch einen Blick zurückwerfen, denn nach dem Spiel ist ja bekanntlich vor dem Spiel und die nächste Wahl kommt bestimmt.

In den Wochen vor den Wahlen war ein Phänomen häufiger als sonst zu beachten: Die Mitglieder der Landesregierung übergaben Fördermittelbescheide seit Jahresbeginn achtmal häufiger als noch zuvor, rechnete man beim heimischen NDR aus.

Die Übergabe von Fördermittelbescheiden ist durchaus eine gängige Praxis. Zumeist werden diese jedoch von den fachlich zuständigen Politiker:innen vergeben. Dies war in MV zuletzt nicht der Fall. Die Justizministerin übergab Bescheide für Spielplätze, die Bildungsministerin für Feuerwehren – jeweils im eigenen Wahlkreis, in dem sie für den Kreistag kandidierten. Auch der BdSt MV wurde im Rahmen der Berichterstattung angefragt. Landesgeschäftsführer Sascha Mummenhoff gab folgende Antwort: „Ob Zuwendungsbescheid oder Fördermittelzusage, vor den Wahlen sind die Ministerinnen und Minister eifrig im Land unterwegs, um Steuergeld zu verteilen. Ein Schelm, der da an Wahlkampf denkt! Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern (BdSt MV) fordert die Landesregierung auf, Maß zu halten.“ Für die kommenden Wahlen werden wir im Land hierauf verstärkt unser Augenmerk richten. Ein Beispiel für den „Förderbescheid-Marathon“ vor der Wahl?

Montag, 3. Juni – Urteilen Sie selbst!

09.00 Uhr, Stepenitztal-Börzow: Die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung Simone Oldenburg übergibt eine Sonderbedarfszuweisung an die Freiwillige Feuerwehr für die Anschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges

11.30 Uhr, Schwerin: Die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung Simone Oldenburg besucht das Kinderzentrum Mecklenburg

13.00 Uhr, Lübstorf: Die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung Simone Oldenburg übergibt eine Sonderbedarfszuweisung für den Neubau eines Feuerwehrhauses an den Wehrführer

15.00 Uhr, Kalkhorst: Die Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung Simone Oldenburg übergibt eine Sonderbedarfszuweisung an den Wehrführer für ein Löschgruppenfahrzeug, Feuerwehrgerätehaus

Es ist mehr als offensichtlich, was dahintersteckt, wenn bspw. die eigentlich für Bildung zuständige Ministerin im eigenen Wahlkreis plötzlich Bescheide an die Freiwilligen Feuerwehren übergibt, sogar gleich drei Mal an einem Tag! Darüber hinaus erneuern wir unsere Grundkritik daran, dass die freiwilligen Feuerwehren im Land überhaupt auf Fördermittel angewiesen sind.

„Mit Augenmaß sparen, denn die Bürger:innen dürfen nicht stärker belastet werden!“

Den Auftakt zu den Haushaltsberatungen nutzt Petra Ackmann, Landesvorsitzende des BdSt Hamburg, zu einem Appell.

Der Hamburger Senat kam Mitte Juni zu einer dreitägigen Haushaltsklausur zusammen. Thema war die Finanzplanung der kommenden beiden Jahre. Dabei wird über den Entwurf für den Doppelhaushalt 2025/2026 beraten. In Vorberatungen hat Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) bereits mit den elf Fach- und zwei Senatsbehörden über deren Etats gesprochen. „Die Wünsche sind immer größer als das, was geht“, so Dressel im Gespräch mit NDR 90,3. Doch die Vorberatungen seien konstruktiv gewesen.

In diesem Jahr sieht der Hamburger Haushalt etwa 19 Milliarden Euro für alle Behörden zusammen vor. Klar ist laut Dressel schon jetzt: 2025 und 2026 werden die Ausgaben steigen. Ein Grund: Die Tarifierhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Nach der jüngsten Steuer-schätzung für Hamburg, die Dressel Ende Mai vorgestellt hatte, kann die Hansestadt entgegen dem Bundestrend in den kommenden Jahren mit leicht steigenden Steuereinnahmen rechnen. Bis 2028 sollen sie von 15,3 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 17,2 Milliarden Euro anwachsen.

Petra Ackmann nimmt zu den Beratungen Stellung: „Senat und Bürgerschaft müssen sich angesichts der aktuellen Haushaltsberatungen ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern:innen und Unternehmen in dieser Stadt bewusst sein. Wir müssen die Ausgaben an die Einnahmen anpassen. Auch wenn die Einnahmen weiterhin hoch

sind, ist eine Justierung unumgänglich. Die Realität zeigt uns, dass die Wirtschaft schwächelt, und es bedarf dringend Maßnahmen und Rahmenbedingungen, um gegenzusteuern. Wir erwarten vom rot-grünen Senat daher für den Haushaltsplan 2025/26 den klaren Willen zu sparen. Dazu drei konkrete Vorschläge: Ausgaben für Beraterhonorare müssen in allen Bereichen auf ein Minimum reduziert werden, die Trennung von Unternehmen, die weder strategische Relevanz haben, noch der Daseinsvorsorge dienen und mehr Selbstkritik bei der Verwendung von Steuergeld. Unterm Strich lautet unser Appell: Die Politik muss Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Geld ist zwar reichlich vorhanden, aber jetzt müssen die noch reichlicheren Ausgabenwünsche den Einnahmen angepasst werden. Steuergeld muss klug, zielgerichtet und wirkungsvoll verteilt werden! Wenn es dem Senat endlich gelingen würde, bei sich selbst den Rotstift anzusetzen, müsste Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) auch nicht die Schuldenbremse in Frage stellen. Das Reform-Gerede hat letztlich nur das Ziel, sie aufzuweichen und zu unterminieren. Wir müssen stattdessen eine ehrliche Debatte darüber führen, was uns zentrale Zukunftsaufgaben wie Infrastruktur, Transformation und Klimaschutz wert sind. Es gibt gute Gründe dafür, sich für eine solche Politik zu entscheiden, doch dann muss man auch darüber diskutieren, was wir bereit sind, dafür zu zahlen. Wenn wir das eine wollen, können wir uns das andere nicht mehr leisten. Politik muss hier klar Position beziehen.

Hier einige Beispiele, wo der rot-grüne Senat Zeichen setzen könnte. Wie wäre es beispielsweise mit dem Verzicht auf das „Haus der Bürgerschaft“? Das würde Millionen einsparen. Ebenso kritisch sehen wir die aktuelle Diskussion um eine Diätenerhöhung sowohl in der Bürgerschaft als auch in den Bezirken. Kein Verständnis haben wir zudem dafür, dass Hamburgs Politiker offensichtlich Rentenansprüche erwerben sollen, ohne dafür einzahlen zu müssen. Fakt ist doch, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Das Problem sind die Ausgaben. Und hier verweisen wir gern nochmals auf die Posse um die Anmietung der Staatsanwaltschaft (Stichwort: Mietzahlungen in Millionenhöhe bei Nichtnutzung).

Wir erneuern zudem unseren Appell an Finanzsenator Dressel, seinen politischen Gestaltungsspielraum aktiv für eine Veränderung zu nutzen und dafür die beschlossene Grundsteuerreform zu nutzen, um durch eine deutliche Senkung der Grundsteuer für eine spürbare Steuererleichterung zu sorgen und gleichzeitig die Wohnnebenkosten zu senken. Die Bürger:innen dürfen nicht stärker belastet werden. Stattdessen plädieren wir für einen bundesweiten „Polizeikosten-Fonds“, in den die deutschen Fußball-Proficlubs regelmäßig angemessene finanzielle Beiträge für erhöhte Aufwendungen bei Hochrisikospielen einbringen sollen. Wir vertreten die Auffassung, dass eine angemessene Beteiligung von gewinnorientierten Veranstaltern an den Kosten erhöhten Polizeiaufwands bei risikobehafteten Großveranstaltungen geboten ist.“

1,5 Mio. Euro für Auftritte des Landes in den Sozialen Medien?

Ohne Soziale Medien geht es nicht, so denkt man sich das auch in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns. Die meisten Ministerinnen und Minister unterhalten einen Privataccount auf einer der gängigen Plattformen, wie Instagram, Facebook, X oder auch TikTok und auch ihre Ministerien sind dort offiziell vertreten. Das kostet Geld. Wie viel, das wissen wir seit der Beantwortung einer kleinen Anfrage, die die FDP-Fraktion im Land gestellt hat: Insgesamt 1,5 Mio. Euro fließen aktuell in die redaktionelle Betreuung der Präsenzen in den Sozialen Medien. Etwa 15 Landesbedienstete erfüllen diese Aufgabe. Beispiel Finanzministerium: Vertreten auf allen Kanälen mit 1.739 Followern auf Facebook, 709 auf Instagram und 25 Abonnenten auf YouTube. Kosten: 112.540 Euro mit 1,5 Personalstellen. Ähnlich „erfolgreich“ läuft es auch für die anderen Häuser. Mehr Erfolg hat man in der Staatskanzlei. Die hat auf Facebook 40.589 Follower und 8.944 auf Instagram. Kostenpunkt: 468.700 Euro, allein für die fünf Stellen (eine zurzeit unbesetzt) und zusätzliche 155.000 Euro Etat. „Praktischer-

weise“ liefern diese Kanäle gleich die Inhalte für die privaten Accounts der Ministerpräsidentin mit. Das hat alles seine Ordnung, beantwortet das Land eine entsprechende Frage des FDP-Fraktionsvorsitzenden René Domke, schließlich seien die Inhalte öffentlich und dürften von allen verwendet werden. Und was sagt der zu diesen Ausgaben? „Es drängt sich die Frage auf, warum die Reichweite der privat geführten Accounts deutlich höher ist als die der offiziellen Accounts der Ministerien, für die es eigens gut bezahlte Mitarbeiter gibt. Ist das Verhältnis der Mitarbeiter bei dem doch eher geringen Content angemessen, welche Zielstellung wird verfolgt und wie wird die Zielerreichung evaluiert? Bei allem Verständnis, dass auch das digitale Klappern zum politischen Geschäft gehört, dürfen wir nicht vergessen, dass es sich um Steuergelder handelt.“ Auch wir meinen: Aufwand und Nutzen stehen hier in keinerlei Verhältnis zueinander. Das Land muss sich fragen lassen, ob nicht eine grundsätzliche Strategie zur Vermarktung in den Sozialen Medien fehlt.



Mecklenburg-Vorpommern: Einladung zur 34. Mitgliederversammlung (2024)

Der Vorstand des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V. lädt die Mitglieder des Landesverbandes zur 34. ordentlichen Mitgliederversammlung 2024 ein.

Sie findet statt am Dienstag, 1. Oktober 2024, um 19 Uhr.

Ort: Technologie- und Gewerbezentrum e.V. Schwerin/Wismar, Konferenzraum (Haus 1), Hagenower Straße 73, 19061 Schwerin

Tagesordnung zur Mitgliederversammlung 2024

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Grußwort des Präsidenten
3. Wahl eines Versammlungsleiters
4. Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2023
5. Bericht des Verwaltungsrats
6. Aussprache zu den Berichten
7. Vorlage des Jahresabschlusses 2023 mit anschließender Aussprache
8. Entlastung des Vorstands und des Verwaltungsrats
9. Wahlen (Verwaltungsrat)
10. Schwerpunktthemen 2024/25 (Veranstaltungen und Projekte)
11. Auftrag zur Prüfung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern
12. Verschiedenes

Wir bitten aus organisatorischen Gründen um Anmeldung bis zum 23. September 2024 unter der Rufnummer 0385 - 55 74 290 oder via E-Mail an service@steuerzahler-mv.de.

Hinweis:
Der Geschäftsbericht wird zeitnah auf unserer Homepage veröffentlicht. Auf Nachfrage senden wir Ihnen den Geschäftsbericht auch gern per E-Mail zu.

**Bund der Steuerzahler
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Wittenburger Straße 96
19053 Schwerin**

Online-Seminare

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter:
veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige“

Referentin: Sabina Büttner
Donnerstag, 22. August 2024,
12.30 Uhr

„Ableitung der Finanzplanung aus dem Ertragsbudget“

Referent: Arno Emmerich
Dienstag, 27. August 2024,
12.30 Uhr

„Vorsicht Vertragsfalle! Wie Sie sich vor Vertragsfallen und Betrugsversuchen schützen können“

Referentin: Michaela van Wersch
Dienstag, 29. August 2024,
12.30 Uhr

Liebe Leser,

das Steuerrecht ist selbst für Experten nicht leicht zu verstehen. Vielleicht geht es Ihnen auch so, dass Sie trotz intensiver Recherche nicht die richtigen Antworten finden. Beispielsweise zum Thema Grundsteuer. Wie funktioniert das noch gleich mit der neuen Berechnung? Oder Sie fragen sich, ob Sie als Rentner eine Steuererklärung abgeben müssen. Welche Steuerklasse ist für mich sinnvoll? Worauf muss ich achten, wenn mein Kind ein Studium beginnt? Oder Sie verstehen eine Nachfrage des Finanzamtes nicht. Es gibt so viele Themen, die Sie vielleicht auch nur persönlich betreffen. Aus diesem Grund freuen wir uns sehr, dass wir Ihnen künftig einen noch besseren Service anbieten können. Die Steuerexperten des BdSt in Berlin nehmen sich Zeit für Ihre Fragen.

Besonders glücklich sind wir, dass mit Michael Ehrentreich ein ausgewiesener Experte als Hauptansprechpartner fungiert, der in Schwerin



Nimmt sich Zeit für die Mitglieder in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern: Michael Ehrentreich.

aufgewachsen ist. Abitur in Schwerin am Fridericianum und Studium in Wismar (Wirtschaftsrecht, Master of Laws mit dem Schwerpunkt Steuern und Finanzen). Michael Ehrentreich ist Referent für Steuerpolitik und Steuerrecht beim Bund der Steuerzahler. Gerade befindet er sich in den Vorbereitungen zur Prüfung zum Steuerberater.

Wie werden Sie Ihre Fragen los?

Am einfachsten ist es, wenn Sie uns eine E-Mail schreiben und darin kurz Ihre Fragen formulieren. Die Adresse lautet service@steuerzahler-mv.de (für Mecklenburg-Vorpommern) und mail@steuerzahler-hamburg.de (für Hamburg). Wir kümmern uns um die Weitergabe Ihrer Fragen. Das Berliner Experten-Team wird Sie dann gegebenenfalls zurückrufen oder Ihre Anliegen schriftlich beantworten. Noch ein wichtiger Hinweis: Unsere Beratung ersetzt nicht den Steuerberater. Wir geben Ihnen Tipps und Hinweise.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de

Erfolg! Länderübergreifender Polizeikostenfonds soll kommen

Anfang September überraschte der Hamburger Senat mit einer positiven Nachricht: Man will sich jetzt für einen länderübergreifenden Polizeikostenfonds einsetzen und damit die Veranstalter von kommerziellen Hochrisiko-Veranstaltungen für die entstehenden Polizeikosten zur Kasse bitten. Aus Sicht unserer beiden Landesverbände ist dies ein längst überfälliger Schritt und erfüllt eine langjährige Forderung des BdSt.

Begonnen hatte alles mit dem Land Bremen, das den SV Werder Bremen zur Kasse gebeten hat. Die Deutsche Fußball-Liga (DFL) klagt dagegen. Noch ist das Verfahren nicht abgeschlossen. Im Frühjahr 2019 urteilte das Bundesverwaltungsgericht, dass eine Kostenbeteiligung von Veranstaltern kommerzieller Hochrisiko-Veranstaltungen prinzipiell möglich sei und sagte in einer Pressemitteilung im März 2019 hierzu: „Diese [Begründung] liegt hier darin, dass die Polizei einen erheblichen Mehraufwand gerade aus Anlass einer kommerziellen Hochrisiko-Veranstaltung betreiben muss. Dieser zusätzliche Aufwand darf dem Veranstalter zugerechnet werden. Denn dieser ist für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung auf die zusätzliche Polizeipräsenz angewiesen. Der Veranstalter wird nicht etwa als Veranlasser einer Störung der öffentlichen Sicherheit in Anspruch genommen, sondern vielmehr als Nutznießer einer besonders aufwendigen polizeilichen Sicherheitsvorsorge.“ Diesen Vorteil genießen landauf landab auch Profi-Vereine, bei denen es längst nicht nur ums Spiel, sondern auch um Geld geht – viel Geld. Dass Fußballspiele grund-

sätzlich von der Polizei geschützt werden, ist dabei weniger ein Problem, denn natürlich ist diese dort zuständig, wo viele Menschen aufeinandertreffen, den Verkehr zu regeln und für Sicherheit zu sorgen. Problematisch wird es erst dann, wenn bei sogenannten Hochrisiko-Spielen die Polizeieinsätze deutlich über das sonst übliche Maß hinausgehen. Hubschrauber kreisen, Pferde werden eingesetzt, Sonderzüge gebucht und Polizist:innen aus verschiedenen Bundesländern werden zusammengezogen. Ein schlechter Deal für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die bisher allein dafür aufkommen müssen.

Damit in Zukunft die Vereine an den Kosten beteiligt werden können, muss die Hansestadt Hamburg zunächst noch ihre Hausaufgaben erledigen. Denn trotz mehrfacher Anfrage kann man dort nicht die durch die Hochrisiko-Spiele entstehenden Kosten einzeln aufschlüsseln. Dies wird jedoch notwendig sein, um später Leistungen in Rechnung stellen zu können. Doch der Wille, eine bundesweite Lösung herbeiführen zu wollen, scheint vorhanden zu sein. Wir haben deshalb auch an die SPD-geführte Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern appelliert, sich dieser Initiative anzuschließen. Dass es eine solche überregionale Lösung braucht, zeigt bspw. ein Spiel in der ersten Hauptrunde des DFB-Pokals, Mitte August in Hamburg. Dort spielten mit dem 1. FC Phönix Lübeck und der Borussia Dortmund zwei Vereine aus anderen Bundesländern im Hamburger Volksparkstadion. Den Polizeieinsatz übernahm zum größten Teil die Hansestadt Hamburg, während drei Vereine verdienten: der HSV mit der Stadi-



Ein schwarzer Tag für den HSV: der 12. Mai 2018 besiegelte den Abstieg in die 2. Liga. Fans demonstrierten mit Pyrotechnik auf dem Spielfeld.

onmiete, der 1. FC Phönix Lübeck und die Borussia Dortmund an den anteiligen Ticketeinnahmen sowie der Antrittsprämie des DFB. Um einen Überblick zum Kostenumfang zu geben: in Mecklenburg-Vorpommern bezifferte man die Polizeieinsatzstunde im Jahr 2019 mit ca. 50 Euro (nur Personalkosten). Für einen Sonderzug – nicht nach Pankow aber immerhin von Rostock nach Berlin, damit sich die Fans nicht in die Quere kommen, zahlte das Land kürzlich anteilig 5.100 Euro (den Rest trugen Brandenburg und Berlin). Die Fans entrichteten den üblichen Ticketpreis. Lösungen müssen her, wenn die Steuerzahler:innen in diesem Deal nicht die Dummen bleiben sollen. Eine Lösung wäre freilich ganz einfach. Denn das alles wäre nicht nötig, wenn man nicht einige Spiele wegen gewalttätiger Fans als sogenannte Hochrisikospiele einstufen müsste.

Totgesagte leben länger: Neues von der Warnow-Brücke



Dort wo alljährlich die Schiffe der Hanse Sail zu sehen sind, soll nun die Warnowbrücke gebaut werden. Ein Klapp-Mechanismus soll die Durchfahrt ermöglichen.

Längst ist die BUGA für 2025 in Rostock abgesagt, doch fünf Großprojekte sollen trotzdem umgesetzt werden. Eines davon ist die umstrittene Fußgänger- und Fahrradbrücke über die Warnow. Laut Berichten in den Medien liegt nun das neue Gutachten für die Warnowbrücke vor. Trotz der enormen Kosten von mittlerweile 53 Mio. Euro (ursprünglich war von 36 Mio. Euro die Rede) ist das Land nicht von diesem Prestige-Projekt abzubringen. Nun geht es ins Planfeststellungsverfahren. Das wird dauern und erst dann sind nach Angaben der Hansestadt Rostock Aussagen zu weiteren Mehrkosten möglich. Der Baubeginn soll im Herbst 2025 stattfinden, im Jahr 2028 rechnet man mit der Fertigstellung der Brücke. Wir fordern die verantwortliche Landespolitik erneut auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen! *Fortsetzung folgt.*

Gute Nachrichten: Einheitsfest günstiger als geplant

Es gibt sie noch – die guten Nachrichten: Im vergangenen Jahr schafften es die Feierlichkeiten zum „Tag der Deutschen Einheit“ in Hamburg mit ihrem exorbitant hohen Kostenansatz in das „Schwarzbuch“. Insgesamt sieben Mio. Euro wurden veranschlagt, davon allein 3,5 Mio. Euro für das Bürgerfest (darin 500.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit). Nachdem der Bund der Steuerzahler das kritisiert hatte, wollten wir im Nachgang erfahren, wie viel Geld denn nun tatsächlich ausgegeben wurde. Doch die Antwort dauerte... und dauerte... Letztlich erhielten wir auf unsere Nachfrage Anfang September endlich eine Antwort: Insgesamt sind Sach- und Personalkosten in Höhe von 5,9 Mio. Euro ausgegeben worden, davon 3,3 Mio. Euro für das Bürgerfest, teuer war auch der Festakt in der Elbphilharmonie mit 930.000 Euro. Die Kommuni-



Das BdSt-Team ist auch auf dem Tag der Deutschen Einheit in Schwerin wieder am Start: Sascha Mummenhoff (von links), Reiner Holznagel, Marten Winkler, Petra Ackmann

kation schlug letztlich mit 72.000 Euro zu Buche. Rund eine Mio. Euro nicht ausgegeben und damit auf dem Niveau der bisherigen Feierlichkeiten in den anderen Bundesländern geblieben – das ist eine gute Botschaft für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler! Ob auch unsere Veröffentlichung im „Schwarzbuch“ dazu beigetragen hat? Bleibt zu hoffen, dass man sich „nebenan“ in MV dieses Ziel auch setzt. Denn dieses Jahr wird der „Tag der Deutschen Einheit“ in der Landeshauptstadt Schwerin gefeiert. Hier werden die Kosten für das Bürgerfest auf vier Mio. Euro geschätzt. Auch in diesem Jahr werden sich beide Landesverbände wieder gemeinsam auf der Vereinsmeile präsentieren. Diesmal wollen wir mit den Menschen am Pfaffenteich, der Schweriner „Binnenalster“ ins Gespräch kommen. Darauf freuen wir uns.

Seit dem 11. Juli arbeiten wir für uns!

Spezial-Podcast mit BdSt-Präsident Reiner Holznagel zum Steuerzahlergedenktag



BdSt-Präsident Reiner Holznagel sprach im Podcast „Die Steuerklärer“ mit Sascha Mummenhoff und Tobias Pusch über den Steuerzahlergedenktag.

Und? Was haben Sie am Donnerstag, den 11. Juli, gemacht? Vielleicht gefeiert? An diesem Tag war der Steuerzahlergedenktag 2024. Ab 11.08 Uhr arbeiteten Sie endlich wieder für Ihr eigenes Portemonnaie. Das bedeutet: Das gesamte Einkommen, das Steuer- und Beitragszahler bis zu diesem Zeitpunkt erwirtschaftet haben, wurde – rein rechnerisch – in Form von Steuern und Abgaben an den Staat abgeführt. In einer Sonderfolge von „Die Steuerklärer“ – dem Podcast des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V. – erklärt BdSt-Präsident Reiner Holznagel, wie der Steuerzahlerge-

denktag berechnet wird und wie es gelingen kann, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr von ihrem verdienten Geld behalten.

Im Jahr 2024 liegt die Einkommensbelastungsquote für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt bei 52,6 Prozent. Diese Prognose hat das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) des Bundes der Steuerzahler auf Basis repräsentativer Haushaltsumfragen des Statistischen Bundesamts erstellt. Von jedem verdienten Euro gehen demnach 52,6 Cent an den Staat – nur 47,4 Cent bleiben zur freien Verfügung. Im Gespräch mit Sascha Mummenhoff, dem Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V., und Podcast-Produzent Tobias Pusch erklärt Holznagel, welche Werte in die Berechnung einfließen. Warum wird beispielsweise der Rundfunkbeitrag berücksichtigt, die Kirchensteuer jedoch nicht? Übrigens: Seinen individuellen Steuerzahlergedenktag kann jeder Interessent mit dem persönlichen Belastungs-Check auf der Website des Bundes der Steuerzahler einfach und anonym ermitteln ([erzahler.de/belastungsbarometer\). Viele Belastungen sind nämlich variabel: Raucher zahlen Tabaksteuer, Autofahrerinnen Mineralölsteuer und Sekt-Liebhaber die Schaumweinsteuer. Auch der Erwerb von Immobilien, Sparguthaben und die Wahl der Krankenkasse haben Einfluss auf die individuelle Steuer- und Abgabenlast. Daher lohnt sich der persönliche Check! Im Podcast beleuchtet Holznagel außerdem, wie sich Deutschlands Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich schlägt. So viel sei verraten: In vielen anderen Ländern zahlen die Bürger weniger. Auch die Frage, wo der Staat sparen könnte, um die Steuer- und Abgabenlast zu senken, wird im halbstündigen Gespräch thematisiert. Der BdSt-Podcast „Die Steuerklärer“ ist auf allen gängigen Plattformen wie Apple Podcasts, Spotify, Amazon Music und Google Podcasts verfügbar.](http://www.steu-</p>
</div>
<div data-bbox=)

erzahler.de/belastungsbarometer). Viele Belastungen sind nämlich variabel: Raucher zahlen Tabaksteuer, Autofahrerinnen Mineralölsteuer und Sekt-Liebhaber die Schaumweinsteuer. Auch der Erwerb von Immobilien, Sparguthaben und die Wahl der Krankenkasse haben Einfluss auf die individuelle Steuer- und Abgabenlast. Daher lohnt sich der persönliche Check!

Im Podcast beleuchtet Holznagel außerdem, wie sich Deutschlands Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich schlägt. So viel sei verraten: In vielen anderen Ländern zahlen die Bürger weniger. Auch die Frage, wo der Staat sparen könnte, um die Steuer- und Abgabenlast zu senken, wird im halbstündigen Gespräch thematisiert.

Der BdSt-Podcast „Die Steuerklärer“ ist auf allen gängigen Plattformen wie Apple Podcasts, Spotify, Amazon Music und Google Podcasts verfügbar.

Hier geht es zum Podcast: anchor.fm/bdst-hh



Sascha Mummenhoff übernimmt von Petra Ackmann

Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. wählt neuen Vorsitzenden

Nach drei Jahren an der Spitze des Bundes der Steuerzahler Hamburg e.V. hat sich die bisherige Landesvorsitzende Petra Ackmann (57) im Zuge der Mitgliederversammlung am 16. Juni nicht erneut zur Wahl gestellt. Der Vorstand berief den bisherigen Geschäftsführer Sascha Mummenhoff (47) einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden.

„Ich habe nicht wieder als Vorsitzende kandidiert, weil ich mich entschlossen habe, mich politisch stärker zu engagieren und mich für die bei uns im März 2025 anstehende Bürgerschaftswahl, um einen Listenplatz für den Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft zu bewerben“, sagt Petra Ackmann. „Für mich ist es nicht vereinbar, einerseits an einem Wahlstand für die Regierungspartei zu werben und andererseits in einem parteipolitisch unabhängigen Verband eben jene Regierungspartei für ihre Politik oder einzelne Maßnahmen zu kritisieren. Das würde nach meiner Wahrnehmung die Glaubwürdigkeit unseres Verbandes schwächen und ich persönlich kann das innerlich nicht miteinander vereinbaren.“

Zu der Ernennung von Sascha Mummenhoff als neuem Landesvorsitzenden sagt Petra Ackmann: „Sein Engagement als Geschäftsführer ist außergewöhnlich. Zudem leitet diese Entscheidung eine Professionalisierung unserer Verbandstätigkeit ein, indem wir einem hauptamtlich Beschäftigten die Geschicke unseres Verbandes anvertrauen. Er ist im Alltag der Verbandsarbeit wesentlich mehr involviert, als wir es im Ehrenamt leisten können.“

„Ich bin davon überzeugt, dass Steuern richtig und wichtig sind“, so Sascha Mummenhoff. „Allerdings fehlt in der Politik manchmal das richtige Augenmaß für das, was in puncto Ausgaben angemessen ist. Deshalb braucht es eine parteipolitisch neutrale Institution wie den BdSt, die hier den Finger immer wieder in die Wunde legt. Dafür stehe ich.“ Darüber hinaus habe der BdSt für seine Mitglieder eine wichtige Informations- und Aufklärungsfunktion rund um alles, was das Thema Steuern betrifft.

„Petra Ackmann hat mit ihrer klaren Kante und ihrem Wissen als Vorsitzende viel für unseren Landesverband getan, dafür bin ich ihr dankbar und froh darüber, dass sie uns auch in ihrer neuen-alten Funktion erhalten bleibt.“ Unter anderem werden Petra Ackmann und Sascha Mummenhoff auch weiterhin gemeinsam den Podcast „Die Steuerklärer“ sprechen. Petra Ackmann übernimmt die Aufgaben der Steuerpolitischen Sprecherin. Dieses Amt hatte sie bereits in der Vergangenheit ausgeübt. Petra Ackmann ist Steuerberaterin mit eigener Kanzlei in Barmbek-Süd.

Sascha Mummenhoff startete im Herbst 2020 beim Bund der Steuerzahler Hamburg. Erst als Pressesprecher, später als Geschäftsführer. Seit 2023 ist Sascha Mummenhoff ebenfalls Geschäftsführer des BdSt-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern. Komplettiert

wird der Vorstand durch Jürgen Nielsen (stellvertretender Vorsitzender), Gabriele Kummerfeldt (Schatzmeisterin), Dieta Brandt (Sozialpolitische Sprecherin) und Heino von Schuckmann (Haushaltspolitischer Sprecher).

Weitere Themen der Mitgliederversammlung:

Verwaltungsrat: Peter Ernst Köhne wurde erneut in den Verwaltungsrat gewählt. Den Verwaltungsrat komplettieren Björn Brand und Alexander Fischer (Vorsitzender).

Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.: Petra Ackmann erläuterte im Zuge der Mitgliederversammlung aus Sicht des Vorstands, warum es sinnvoll ist, die beiden Landesverbände enger miteinander zu verbinden. Derzeit wird die Mitgliederverwaltung für beide Landesver-

bände aus Hamburg gesteuert. Sascha Mummenhoff fungiert in beiden Verbänden als Geschäftsführer, Gabriele Kummerfeldt hat die vorbereitende Buchhaltung für Mecklenburg-Vorpommern übernommen. Petra Ackmann ist überzeugt, dass durch eine Fusion weitere Synergieeffekte erzielt werden könnten. Auch Verwaltungsratsmitglied Björn Brand hält eine Fusion für notwendig. Er regte an, im Zuge der Fusionsvorbereitung auch Themen wie hybride Mitgliederversammlungen zu berücksichtigen. Knud Bernitz (Vorsitzender des BdSt Mecklenburg-Vorpommern) und Reiner Holznagel (BdSt-Präsident und Vorstandsmitglied des BdSt Mecklenburg-Vorpommern) unterstützten die Ausführungen von Petra Ackmann. Sie sehen

in dem Zusammenschluss die logische Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit. Nach kurzer Diskussion stellte Petra Ackmann den Antrag, die Zusammenarbeit mit dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. mit Blick auf eine mögliche Fusion bis zur nächsten Mitgliederversammlung zu prüfen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Finanzen: Gabriele Kummerfeldt stellte in ihrer Funktion als Schatzmeisterin die wesentlichen Zahlen der Jahresrechnung 2023 vor. Das Jahresergebnis weist einen Ertrag von 51.767,85 Euro aus. Dieses Ergebnis resultiert aus erheblichen Kosteneinsparungen, vor allem in den Bereichen allgemeine Verwaltung (14.000 Euro) und Mitgliederwerbung (15.000 Euro), sowie Mehreinnahmen bei den Mitgliedsbeiträgen (16.000 Euro). Der Verein rechnet für 2024 mit Einnahmen von 300.000 Euro durch Mitgliedsbeiträge. Insgesamt geht Frau Kummerfeldt jedoch von einem Verlust in Höhe von 50.000 Euro aus. Nach eingehender Diskussion wurde der Jahresvoranschlag einstimmig per Handzeichen angenommen.

Wir sind mehr als SCHWARZBUCH!

Wechsel im Vorstand:

Sascha Mummenhoff übernimmt von Petra Ackmann.

Mitmachen statt meckern!

www.steuerzahler.de/mitglied-werden

BdSt Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.

BdSt Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.



Online-Seminare

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter:
veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Steuerfragen bei Heizungsgesetz, Gebäudesanierung & Co.“

Referent: Ralf Schönfeld
Donnerstag, 10. Oktober 2024,
12.30 Uhr

„Arbeitnehmer und Steuern“

Referent: Hans-Ulrich Liebern
Dienstag, 22. Oktober 2024,
12.30 Uhr

„Checkliste im Erbfall“

Referentin: Michaela van Wersch
Dienstag, 29. Oktober 2024 und
Donnerstag, 7. November 2024,
jeweils 12.30 Uhr

„Steuerfallen bei privaten Veräußerungsgeschäften“

Referent: Michaela van Wersch
Dienstag, 12. November 2024,
12.30 Uhr

„Rechtsformwahl für Unternehmer“

Referentin: Sabina Büttner
Donnerstag, 14. November 2024,
12.30 Uhr

„Die Häufigsten Irrtümer im Wohnraum-Mietrecht“

Referent: Ralf Schönfeld
Mittwoch, 20. November 2024,
12.30 Uhr

„Das gemeinschaftliche Testament“

Referent: Martin Frömel
Mittwoch, 27. November 2024,
12.30 Uhr

„Haus der Erde“ wird zum „Haus des Versagens“

Es sollte eigentlich das neue Aushängeschild für Forschungsprojekte der Universität Hamburg werden – stattdessen ist das „Haus der Erde“ zum neusten Beispiel für Planungsfehler und Kostenexplosionen bei Bauprojekten geworden. Es entwickelt sich zu einem Millionengrab, und kürzlich kam die nächste Hiobsbotschaft: Ein Wasserschaden verzögert die Fertigstellung erneut. Dazu sagt Hamburgs Landesvorsitzender Sascha Mummenhoff: „Haus der Erde? Das ganze Projekt ist inzwischen ein peinliches Desaster für den Hamburger Senat, insbesondere für die Finanz- und Wissenschaftsbehörde. Die Fertigstellung wird immer wieder verschoben, und die Baukosten steigen stetig. Inzwischen bastelt der Senat seit fast zehn Jahren an diesem Projekt herum.“

Völlig zu Recht stehe das „Haus der Erde“ bereits zweimal im Schwarzbuch. Aus einst

vorgesehenen 177 Mio. Euro sind inzwischen 425 Mio. Euro geworden. Dazu Kosten in Höhe von 1 Mio. Euro pro Monat für den Betrieb der Baustelle.

Aber: Wenn das „Haus der Erde“ wie geplant 2019 fertiggestellt gewesen wäre, hätten weder die Corona-Pandemie noch der Ukraine-Krieg eine Rolle gespielt. Wieder einmal zeigt sich, dass der Hamburger Senat maßlos überfordert ist, wenn es um Großprojekte geht.

Sascha Mummenhoff war zu diesem Thema zu Gast bei Vienna Heinrich im Studio von „17:30 Uhr Sat.1 Regional“.

Hier geht es zum Beitrag:
bit.ly/3B0Vug1



Sascha Mummenhoff kommentierte das „Haus der Erde“-Versagen in der Sat.1 Regional-Sendung.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de



Vereintes Land – gemeinsamer Stand. Auch Petra Ackmann aus Hamburg war aktiv dabei.



Foto, bitte! Präsident Holznagel, der in diesem Jahr den „Großen Preis der Wirtschaft“ des Unternehmerverbandes Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin erhalten hat, mit Geschäftsführerin Pamela Buggenhagen und Präsident Matthias Kunze.



Für den tollen Einsatz der zahlreichen Polizist:innen während der Veranstaltung hat der BdSt der Gewerkschaft der Polizei Taschen und Steuerzahler-Futter gebracht (Michaela Skott/Sebastian Weise (GdP)).



Hatten einiges zu besprechen: Der Landesvorstand des BdSt MV und Finanzminister Dr. Heiko Geue.



XXX Rosenkranz, Präsident Reiner Holznagel und ein frisch als Mitglied geworbener „Mecklenburger Jung“.



Landesvorsitzender Knud Bernitz (l.) im Gespräch mit einem Gast am Stand.

Vereint feiern – Tag der Deutschen Einheit in Schwerin

In diesem Jahr war das Land Mecklenburg-Vorpommern der Gastgeber für das Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit. Gefeierte wurde über drei Tage in der Landeshauptstadt Schwerin. Mit dabei war auch in diesem Jahr der Bund der Steuerzahler mit seinen beiden Landesverbänden MV und Hamburg. Dem voraus ging eine intensive Vorbereitung durch das Team der Geschäftsstelle. Stand bestellen und bestücken – das kannte man dort schon aus dem vergangenen Jahr und dennoch war es eine Herausforderung, die durch alle wieder hervorragend gemeistert wurde. Vielen Dank!

Ausgestattet mit gesunden BdSt-Äpfeln, Steuerzahlerfutter, einer stets gut gefüllten Popcorn-Maschine, einer Foto-Box und viel Info-Material stürzten sich Vereins- und Vorstandsmitglieder, darunter auch Präsident Reiner Holznagel, vom 2. Oktober bis zum 4. Oktober gut gelaunt in das Getümmel der MV-Meile am Schweriner Pfaffenteich. Und es hat sich gelohnt! Wir haben viel Zuspruch erhalten,

konnten Positionen erklären und es gab sogar neue Fall-Hinweise. Wir hatten auch aktiv zu Gesprächen an unseren Stand eingeladen. Auf diese Weise kam mit dem ein oder anderen Landespolitiker ein Austausch zu Stande und auch Finanzminister Dr. Heiko Geue ließ es sich nicht nehmen bei seinen „härtesten“ Kritikern auf einen Plausch vorbeizukommen. Bei aller (berechtigter) Kritik: Das Wichtigste ist ja letztlich, dass man miteinander auf Augenhöhe in Kontakt bleibt. Rund 5,7 Mio. Euro kostet das dreitägige Bürgerfest das Land. Wir haben viele zufriedene Stimmen über den Ablauf und die Organisation gehört. Ein Eindruck, den wir ebenfalls bestätigen können. Wir bleiben bei unserer einzigen Kritik, nämlich der, dass wir uns wünschen, dass nicht jedes Bundesland alljährlich auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein eigenes Motto und Logo entwickelt. Wie viel schöner wäre es, wenn wir jedes Jahr am 3. Oktober einfach nur vereint feiern?!

75 Jahre Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.

Launige Jubiläumsfeier mit Mitgliedern

Einen guten Überblick über die Stadt zu haben – davon lebt der Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. Dazu passend beging der Verein jetzt sein 75-jähriges Bestehen hoch über den Dächern der Metropole. Im 20. Stock des Atlantic-Hauses am Hafen kamen 200 geladene Gäste zusammen, darunter vor allem viele Mitglieder sowie Vertreter aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Bei Live-Musik und launigen Reden von Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), Abendblatt-Chefredakteur Lars Haider und BdSt-Deutschland-Präsident Reiner Holznagel wurde lange miteinander gesprochen.



Begrüßt wurden die Gäste zunächst von Sascha Mummenhoff, Vorsitzender des BdSt Hamburg, und seiner Vorgängerin Petra Ackmann. Diese bedankten sich zu Beginn bei den Mitgliedern, Unterstützern und vor allem den ehrenamtlichen Vorstandskollegen – und setzten mit ihrer lockeren, fröhlichen Art gleich den Grundton der Veranstaltung. „Es soll ein lustiger Abend werden“, so Petra Ackmann. Sascha Mummenhoff betonte, wie wichtig die Mitgliedschaft im BdSt sei: „Alles, was wir machen, verdanken wir unseren Mitgliedern.“ Der BdSt finanziert sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Zu den Gästen zählte Dr. Manfred Jäger. Für den erst Anfang Oktober bestätigten Präsidenten des Hamburger Rechnungshofs war das BdSt-Jubiläum die erste offizielle Veranstaltung. Weitere Gratulanten waren Stefan Blöcker (Präsident der Steuerberaterkammer Hamburg), Thomas Kuffer (Vorsitzender der Deutschen Steuerwerkschaft Hamburg), Dennis Thering (Fraktionsvorsitzender der CDU) sowie Katharina Blume (stellvertretende Landesvorsitzende der FDP).

Als erster Redner trat Finanzsenator Dr. Andreas Dressel vors Publikum. Etwas verwundert nahmen die Gäste seine zunächst abgelesene und eher allgemein gehaltene Rede zur Kenntnis – ehe der SPD-Politiker dann darüber aufklärte, dass er diesen Teil von einer KI habe erstellen lassen. „Das

Manuskript hat also kein Mitarbeiter aus meinem Präsidialstab vorbereiten müssen. Das war schon wieder ein sparsamer Ressourceneinsatz“, so der Senator augenzwinkernd. Anschließend legte er seine Karten beiseite und betonte zunächst die Rolle des Bundes der Steuerzahler bei der Förderung von Transparenz und Steuergerechtigkeit. „Ihre Arbeit ist unverzichtbar – auch wenn sich Ihre Beliebtheit in der öffentlichen Verwaltung teilweise zumindest in Grenzen hält, um es mal diplomatisch auszudrücken.“ Man habe aber zu großen Teilen die gleichen Ziele. „Auch ich setze mich für die Vereinfachung des Einkommensteuerrechts ein, weil das auch in der Verwaltung zu weniger Aufwand führt. Warum haben wir beispielsweise noch die Homeoffice-Pauschale auf der einen Seite und die Entfernungspauschale auf der anderen?“ So müsse man bei der Steuererklärung immer schauen, an welchen Tagen man jetzt eigentlich genau im Büro war und wann zu Hause. „Was für ein bürokratischer Aufwand!“

Selbstverständlich ging Dressel auch auf die Debatte rund um eine mögliche Lockerung der Schuldenbremse ein und machte keinen Hehl daraus, auf welcher Seite er steht. „Jetzt sagen sogar schon namhafte Ratingagenturen, das größere Risiko ist nicht, dass vielleicht die Staatsverschuldung noch etwas steigt. Und wenn der Sachverständigenrat der Bundesregierung

und auch der Bundesverband der Deutschen Industrie – die beide nicht als sozialdemokratische Vorfeldorganisation gelten – mehr Infrastrukturinvestition fordern, dann ist das etwas, über das wir auch noch mal miteinander reden müssen.“

Anschließend ergriff BdSt-Präsident Reiner Holznagel das Mikrofon und warf zunächst einen kurzen Blick auf die Gründungszeit des Vereins kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs. „Damals waren die öffentlichen Haushalte noch geheime Verschlussachen. Als Steuerzahler hatte man überhaupt keinen Anspruch darauf zu wissen, was eigentlich mit dem eigenen Geld passiert.“ Heutzutage bestehe dieses Problem natürlich nicht mehr, doch der Kampf für Steuergerechtigkeit sei noch lange nicht vorbei. Zum Beispiel bei der kalten Progression, durch die für Steuerzahler bei inflationsbedingtem Lohnzuwachs eine ungerechte Mehrbelastung entsteht: „Wir treten dafür ein, dass es hier endlich einen Anpassungs-Automatismus gibt. Andernfalls ist es eine Steuererhöhung durch die Hintertür.“ Zudem gehe es dem BdSt auch um die Steuermoral. „Wir als Gesellschaft haben einen Vertrag abgeschlossen, dass der Staat uns Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt gibt – und dass er Rahmenbedingungen organisiert, in denen wir gut und gern leben wollen. Und deswegen ist es immer wichtig, mit dem Geld ordentlich umzugehen und das Gefühl zu erzeugen,

Steuerzahler Hamburg

edern und Prominenz über den Dächern der Stadt

dass der Staat ein sorgsamer und nachhaltiger Investor ist.“ Stattdessen sehe er oftmals eine geradezu lässige Umgangsweise des Staates, wenn es darum gehe, das eingenommene Geld zusammenzuhalten und gut auszugeben. „Ich erwähne nur Cum-Ex oder den Masken-Skandal. Auch unser jüngst erschienenen Schwarzbuch listet wieder zahlreiche haarsträubende Fälle auf.“ Steuergeldverschwendung habe keine politische Farbe. „Deswegen ist die Politik insgesamt aufgefordert, mehr darauf zu achten, dass das Geld besser und nachhaltiger eingesetzt wird.“

Nach Reiner Holznagel betrat Lars Haider, Chefredakteur des Hamburger Abendblatts, die Bühne. Er erzählte anekdotisch, wie er bisweilen am deutschen Steuersystem verzweifelte. Zum Beispiel beim Kauf einer Ferienwohnung, die vorwiegend für die Vermietung genutzt werden soll. „Wenn Sie dann beim Notar sitzen, sollten Sie unbedingt angeben, dass Sie von der Mehrwertsteuerbefreiung befreit werden wollen. Jeder normale Mensch denkt dann, jetzt muss ich auf den Kaufpreis 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen, aber genau so ist es eben nicht“, so der Journalist.

Eine Sachlage, an der bisweilen offenbar sogar Experten verzweifeln. „Ich habe mit insgesamt sieben Steuerberatern über dieses Thema gesprochen, aber Petra Ackmann war die einzige, die die richtige Antwort für mich hatte.“ Er habe sich viel über diese Thematik aufgeregt. „Wenn nicht einmal ein Chefredakteur das Steuersystem ansatzweise versteht, ist das kein gutes Zeichen. Beim Deutschland-Ticket wurde ja gerade vorgemacht, wie radikale Vereinfachung funktioniert. Da frage ich mich natürlich, wieso wir das mit dem Steuersystem nicht auch hinbekommen.“

Ein kleines Steh-Büfett mit Currywurst, Wraps und Mini-Franzbrötchen rundeten die Veranstaltung ab – während im Hintergrund das Trio „8 to the Bar“ mit Hits aus den vergangenen 75 Jahren für die musikalische Untermauerung sorgte.



75 Jahre Bund der Steuerzahler in Hamburg (v. li.): Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), BdSt-Landesvorsitzender Sascha Mummenhoff, Petra Ackmann (Steuerpolitische Sprecherin), Reiner Holznagel (Präsident des Bund der Steuerzahler Deutschland), Dr. Manfred Jäger (Präsident des Hamburger Rechnungshofs) und Lars Haider (Chefredakteur des Hamburger Abendblatt).



Vorstand und Verwaltungsrat des BdSt Hamburg (v.li.): Jürgen Nielsen (stellvertretender Vorsitzender), Petra Ackmann (Steuerpolitische Sprecherin), Sascha Mummenhoff (Vorsitzender), Alexander Fischer (Verwaltungsratsvorsitzender), Dieta Brandt (Sozialpolitische Sprecherin) und Gabriele Kummerfeldt (Schatzmeisterin).

Veröffentlicht! Das Schwarzbuch



Landesvorsitzender Sascha Mummenhoff bei einer Aufzeichnung für RTL.

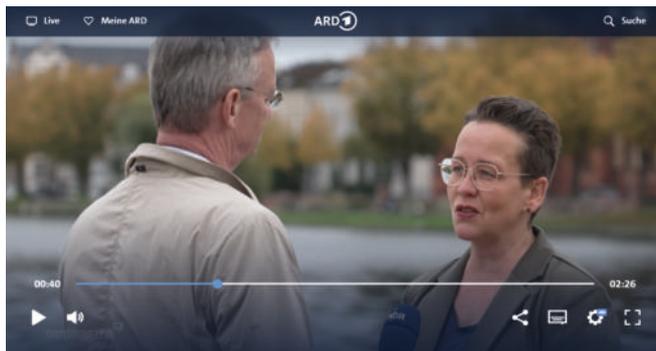
Alljährlich im Herbst erscheint „Das Schwarzbuch“ und damit beginnt für unsere Landesverbände eine ganz eigene „5. Jahreszeit“. Denn immer wieder ist das Interesse der Mitgliedschaft und aus der Bevölkerung riesig und auch die Medien berichten umfangreich über unsere recherchierten Fälle. So war es auch in diesem Jahr.

In Hamburg gaben sich die TV-Teams die Klinke in die Hand. Der Landesvorsitzende Sascha Mummenhoff stand im „Hamburg Journal“, bei RTL und sogar live bei Sat 1 im Rampenlicht.

Ob „Krötentunnel“ oder „Mietposse“, ob „Hamburg-Hymne“ oder teure Klos, ob Ausichts-Plattform irgendwo im Nirgendwo oder Brückenfiasco oder die teure Miete für eine City-Beraterin. Die Hamburger Fälle (alle auch online unter www.schwarzbuch.de zu finden) sorgen für Aufsehen auch in der Print-Presse, wie etwa u.a. der „Morgenpost“ oder dem „Hamburger Abendblatt“. Und das ist auch gut so! Denn nur wenn jemand „den Finger in die Wunde legt“ und auf Steuergeldverschwendung öffentlich aufmerksam gemacht wird, kann sich auch etwas ändern! Ganz ähnlich ist es auch mit den Fällen in MV. Ein teures Theaterzelt, das letztlich niemand brauchte; eine Studie für

den Wiederaufbau eines Schlosses – das nur (sehr) wenige wollen, ein teurer Spitzenbeamter, ein Desaster bei der Neuausstattung der Landesverwaltung mit PC-Technik, ein überflüssiger „Bürgerplatz“, eine Feuerwehrposse und ein landeseigenes Landgestüt, das jährlich Millionen verschlingt: Auch mit diesen Fällen waren wir prominent im Fernsehen, Funk und Print vertreten.

Gut zu wissen: Trotz der Möglichkeit, das „Schwarzbuch“ online zu lesen oder sich als PDF zu holen, ist auch die Nachfrage nach der gedruckten Ausgabe ungebrochen hoch. Etwa 1000 Ausgaben haben wir bis Redaktionsschluss bereits verschickt und bewegen uns damit auf Vorjahresniveau. Wem nun ein Fall von möglicher Steuergeldverschwendung vor der eigenen Haustür in den Sinn gerät, den oder die wollen wir ermutigen, sich bei uns zu melden. Hinweise können über die hier bereits genannte Website eingereicht werden!



Mit dem Schwarzbuch zur besten Sendezeit im Nordmagazin des NDR MV.

Erfolg!

Online-Shop auf Steuerzahlers Kosten geht vom Netz! Wie das Land MV Mitte November mitteilte, geht die, aus Steuergeld finanzierte, regionale Handelsplattform GOMEVO zum 31.12.24 vom Netz. Dafür haben wir uns von Anfang an eingesetzt. Auch dank unserer anhaltenden Kritik wird nun der sehr teure, aber weitestgehend erfolglose Shop abgestellt. Endlich! Unsere Arbeit wirkt.

Podcast-Tipp! Die Steuerklärer

Das Jubiläum des Hamburger BdSt gibt es übrigens auch zum Nachhören. Denn anstelle der üblichen Vorgehensweise haben sich unsere beiden Podcast-Protagonisten diesmal entschieden, den Podcast während der Jubiläums-Party aufzuzeichnen. Von informativ bis launig ist alles dabei und der fast Comedy-Show-reife Auftritt von Abendblatt-Chefredakteur Lars Haider ist wirklich ein Reinhören wert! anchor.fm/bdst-hh



Online-Seminare

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter:
veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Der GmbH-Geschäftsführer“

Referentin: Melanie Payrhuber
Donnerstag, 05. Dezember 2024,
18 Uhr

„E-Rechnung – was kommt auf uns zu?“

Referentin: Claudia Daube
Dienstag, 10. Dezember 2024,
12.30 Uhr

„Social Media – Ein detaillierter Überblick“

Referentin: Vanessa Bosen
Donnerstag, 12. Dezember 2024
18 Uhr

„Aktuelle Steueränderungen“

Referent: Hans-Ulrich Liebern
Dienstag, 17. Dezember 2024,
12.30 Uhr

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de